

Der Arbeiter-Wochenblatt

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezahlungsbedingungen: halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Einzahlung höchstens freudlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitung, Paul Weber, O. m. B. S. Verantwortl. für Inhalt: v. Witzthof Arthur Wollenbüttel, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Beträge u. Inserate Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Aussagenpreis: die schlagfertige Monatszeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Monatszeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wochensätze sind bei Zahlung vorliegende letzte Rate. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Wollschafentor Waggelberg 4586 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 119

Donnerstag, den 22. Mai 1930

5. Jahrgang

Das Notopfer.

Sollen es die Leistungsfähigen oder die Festbesoldeten tragen?

Zwei Fragen waren es, an denen das Kabinett Müller zerbrach ist:

die **Arbeitslosenversicherung** und das **Notopfer der Leistungsfähigen**. An beiden Fragen befanden sich die Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei erbliche Gegensätze. Das Zentrum trat an die Seite der Deutschen Volkspartei, entschied gegen die Sozialdemokratie und trug so zum Bruch der früheren Regierungskoalition bei. Inzwischen haben die Ergebnisse der Sozialdemokratie in jeder Beziehung recht gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist weit größer, als man sie im Frühjahr vorausah. Sie erfordert auch weit größere Mittel, die selbst durch Beitragserschöpfung auf 4 Prozent nicht ausreichen werden und deshalb allgemeine Steuern mit notwendig machen. Damit ist auch der Standpunkt der Sozialdemokratie zu einem

Notopfer der Leistungsfähigen,

eines durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 10 Prozent bei allen Einkommen über 8000 Mark jährlich als richtig erwiesen.

Diese Erkenntnis gewinnt jetzt auch im Zentrum an Boden. Zwar ist anzunehmen, daß das Reichskabinett durch Ueberrumpeln der Reichstagskommission des Reichsanfanges in einen selbstmörderischen Schritt gegangen ist, aber selbst wenn sich dafür im Reichstag eine Mehrheit findet, bleibt immer noch ein erheblicher Verlust zu bedenken. Die Erwerbslosenversicherung beansprucht auch dann noch einen Zuschlag von 100—200 Millionen Mark, die Krisenfürsorge einen Mehrbetrag von 75—150 Millionen und eine ähnlich hohe Summe wird man den Gemeinden als Zuschlag für die Unterhaltung der Wohlfahrtsvereinstellen, deren Zahl von Tag zu Tag steigt, wohl gewähren müssen.

Diese Mittel aber stehen im jetzigen Reichsetat nicht zur Verfügung. Sie müssen erst durch neue Steuern beschafft werden. Eine Möglichkeit, sie durch Erhöhung von Verbrauchssteuern zu gewinnen, besteht nicht. Die Verbrauchssteuern sind in Paris angenommen, daß eine weitere Erhöhung weder beim Bier, noch beim Branntwein, noch beim Tabak in Frage kommt. Andere Verbrauchssteuern, die einen nennenswerten Ertrag bringen könnten, aber gibt es nicht. So laßt der Gedanke eines Notopfers durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer als einziger Ausweg wieder auf. Er findet natürlich bei den Regierungsparteien den allein Widerstand. Man braucht sich ja nur daran zu erinnern, daß die einzige selbständige Handlung des jetzigen Reichsanfanges Dr. Wollenbüttel in dem Auspruch bestanden hat, er lehne die Erhöhung einer direkten Steuer unter allen Umständen ab. Das ist auch der Standpunkt der Deutschen Volkspartei und der der Wirtschaftsparteien.

Wenn jetzt aus dem Zentrumslager der Gedanke eines Notopfers propagiert wird, so kann man sich darüber freuen, weil dies das Eingeständnis darstellt, daß auch die Forderung der Sozialdemokratie nachträglich als richtig anerkannt wird. Aber man muß sich zugleich darüber klar sein, daß das Zentrum unter der Forderung

der des Notopfers etwas ganz anderes versteht, als die Sozialdemokratie. Was in der letzten Woche hat Reichsanfänger Dr. Siegelmann erklärt, daß eine Erhöhung direkter Steuern abgelehnt werden müsse, weil sie die Kapitalflucht empfindlich vergrößern würde. Dieser Auspruch zeigt den Gegenstand, der in der Forderung Notopfer zwischen Sozialdemokratie und Zentrum vorhanden ist.

Die Sozialdemokratie fordert ein Notopfer der Leistungsfähigen, das Zentrum ein Notopfer der Festbesoldeten. Die Sozialdemokratie will, daß die hohen Einkommen über 8000 M jährlich durch eine Sonderleistung zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der Reichsfinanzen beitragen. Das Zentrum will, daß nur die Festbesoldeten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens herangezogen werden. Es will also auf der einen Seite diejenigen freilassen, die in der Privatwirtschaft hohe Einkommen oder hohe Gehälter beziehen, d. h. die Unternehmer, die Direktoren und die sonstigen leitenden Angestellten, während es auf der anderen Seite die kleinen und kleinsten Beamtengehälter mit heranziehen will. Doch ein solcher Vorstoß wäre sozial nicht anzunehmen, weil der Generaldirektor selbstverständlich viel leistungsfähiger ist als der Postkassierer, ist selbstverständlich. Er bringt aber auch viel weniger Geld, so daß es zweifelhaft ist, ob auf diesem Wege die finanziellen Nöte behoben werden können, vor denen wir jetzt wiederum stehen.

4 1/2 Prozent Beitrag?

Im unterrichteten Kreise verläuft, daß die Reichsregierung über den Vorstoß des Reichsanfanges der Reichsanfanges, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent zu erhöhen, hinausgegangen wird, weil der Vorstoß der Reichsanfanges völlig ungenügend ist und die durch ihn geschaffenen Einnahmen keineswegs zur Deckung der Ausgaben der Versicherung ausreichen. Selbst bei einer Erhöhung der Beiträge um 1 Prozent auf 4 1/2 Prozent bliebe noch ein Defizit von mehr als 200 Millionen, das durch Reichszuschüsse gedeckt werden müßte.

Die Reichstagskommission, die das Kabinett Brining noch in dieser Woche angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit zu lösen gesonnen ist, wird, werden jedenfalls über den letzten Beschluß des Kabinetts Müller zur Arbeitslosenversicherung hinausgehen. Die Regierung Müller hätte seinerzeit beschlossen, die Beiträge auf 4 Prozent zu erhöhen, während der sogenannte Kompromißvorstoß Brining, der schließlich zum Sturz des Kabinetts Müller führte, den Beitragsatz auf 3 1/2 Prozent belassen wollte. Außerdem sollte der Zuschlag des Reiches auf 150 Millionen Mark für das Haushaltsjahr 1930 beschränkt bleiben. Ursprünglich war ein um 75 Millionen höherer Betrag vorgesehen.

Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die bereits in den letzten Tagen wiederholt Gegenstand von Verhandlungen zwischen maßgebenden Kreisen der Reichsregierung war, wird heute voraussichtlich in einer Besprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien weiter erörtert werden.

Ministerkrise in England.

Rücktritt Sir Oswald Mosleys.

Die Schwierigkeiten, mit denen Macdonald zu kämpfen hat, sind ziemlich groß. Sonderbarerweise kommen aber diese Schwierigkeiten nicht von den politischen Gegnern der Arbeiterpartei, sondern von den eigenen Parteigenossen. Die unabhängige Arbeiterpartei, deren Führer Macdonald Jahrzehnte lang gewesen ist, hat sich unter Führung Maxtons stark radikalisiert. Wir haben wiederholt über die „kommunistischen Rebellen“ berichtet. Die Mitglieder sind, daß die Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei aus der Gesamt-Partei auszuscheiden, in der sie nur eine zahlenmäßig geringe Rolle spielen, ausgeschlossen werden und sich als eine separate Partei selbständig machen. Gegenwärtig rückt sich die Gesamt-Partei auf Ansuchen der Arbeiterpartei dürfte diese Opposition kaum haben. Sie bringt lediglich eine Erklärung, die dem Macdonald die in der starken Arbeitslosigkeit Englands besonders unter den Vergleichen liegen.

Aus dieser Urkunde heraus ist auch der neue Konflikt zu erklären, der von einem Mitgliede der Arbeiter-Regierung ausgeht, welches geltend macht, daß die Gesamt-Partei nicht die Partei ist, die es handelt sich um Sir Oswald Mosley, der als Minister ohne Portfeuille bisher der Arbeiterregierung angehört und dem Minister für Arbeiterbeschaffung, Thomas, als enger Mitarbeiter zugeordnet war. Sir Oswald Mosley, ein Schmiegejoch des verstorbenen Lord Curzon, des früheren Vizekönigs von Indien, gelehrt vorher der konservativen Partei an und ist vor sechs Jahren zur Arbeiterpartei übergetreten. Zwischen ihm und Macdonald besteht ein ausgeprägtes Freundschaftsverhältnis. Macdonalds beauftragte Mosley Macdonald auf den meisten seiner

Reisen. Sein Rücktrittsgesuch erklärte Mosley damit, daß er zur Lösung der Arbeitslosenfrage mit Thomas nicht zusammenarbeiten könne, weil die Mehrheit der Arbeiterregierung unter Führung Snowden die Mittel ablehne, die zu wirtschaftspolitischen Durchführung der Arbeitslosenfrage notwendig seien. Mosley vertritt den Standpunkt, daß starke Mittel in den Etat eingelegt werden müssen, um die alten Arbeiter aus dem Produktionsprozess herauszuheben und zu pensionieren und die Schuldenlastung um ein Jahr zu verlängern. Dieses Radikalismus, welches zweifellos die Zahl der Erwerbslosen stark vermindern würde, glaubt aber Snowden finanziell nicht verantworten zu können. Aus dem Grunde ist Mosley aus der Regierung ausgetreten. Er erklärte, nach Beendigung der gestrigen Fraktionsjahre, daß er es keineswegs auf ein Ministeramtswort gegen die Regierung abgesehen hat. Er beabsichtigt auch, nur der Stimme zu enthalten. Der von ihm in Aussicht genommene Antrag zur Arbeitslosenfrage werde eine alternative Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Sinne seines Memorandums darstellen.

We verläuft, soll Macdonald beschlossen haben, in der Donnerstagstag der Arbeiterpartei den Angriffen der äußeren Linien seiner Partei ein Ende zu bereiten. Er werde wahrscheinlich in Verbindung mit dem Fall Mosley ein Vertrauensvotum verlangen und erklären, daß er im Falle der Ablehnung dieses Vertrauensvotums sofort bitten werde, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Der Europa-Bund.

Das europäische Memorandum Briands

enthält mehr allgemeine Gedankenansätze als konkrete Vorschläge. Der französische Außenminister betont mehrmals, daß er mit dieser Denkschrift einen Auftrag ausführe, den ihm die Vertreter von 26 europäischen Staaten in einer Besprechung im Anschluß an seine Rede vor der letzten Generalkonferenz der Vereinten Nationen erteilt hatten. Diese Rede war recht vage, ihre letzte Erklärung ist nicht viel präzis. Man hat den Eindruck, als ob Briand ein hohes Ideal vorsetze, er aber beim Durchdenken und bei der Formulierung seiner Ideen auf eine Unmenge von psychologischen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Hindernissen gestoßen ist. Und, wie es nun einmal seine Art ist, er mag es nicht, diese Widerstände frontal zu überwinden, sondern er versucht, sie durch allgemeine Redewendungen und durch rhetorische Konstellationen zu umgehen.

Der „europäische Staatenbund“ der Briand vorsetzt, soll gewissermaßen ein Nebenstück des Völkerbundes sein. Briand weist darauf hin, daß das Völkerbundsstatut in seinem Artikel 21 „regionale Abmachungen“ vorsehe, er wolle diese Gedanken, der bereits im Rheinpakt von Locarno in begrenztem Maßstab verwirklicht worden sei, auf ganz Europa erweitern und nicht nur auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche, soziale, hygienische und kulturelle Probleme ausdehnen, soweit sie spezifisch europäische Gesamteressen berühren. Der unangenehme, kaum andeutende Grundgedanke Briands ist wohl insbesondere durch die amerikanische Schicksalspolitik, die für alle europäischen Staaten zweifellos eine der größten wirtschaftlichen und sozialen Gefahren darstellt. Sogar das bisher von Wirtschaftspolitikern und Arbeitslosigkeit fast vollkommen verschont gebliebene Frankreich hat neuerdings, zumal für gewisse Spezialindustrien, die volle Schwere dieser Drohung erfahren. Für andere, auf industriellen Export ganz besonders angewiesene Länder, nicht zuletzt für Deutschland, ist diese Gefahr noch viel größer.

Aber die europäische Arbeit, die in der Tat eine brennende Frage geworden ist, wird gebremst durch die finanzielle Unabhängigkeit, in die ganz Europa von den Vereinigten Staaten von Amerika geraten ist. Deshalb beteuert Briand immer wieder, daß sich kein Staat gegen niemanden richte. Und um zu vermeiden, daß die USA die europäische Gründung zum Anlaß nehmen, die föderalistischen Republik des Völkerbundes ablenken zu machen, (soweit dies noch nicht geschehen ist), regt er sogar vor, daß auch die außer-europäischen Staaten sich in entsprechenden internationalen Gruppen zusammenschließen sollen. Vor allem aber: der Völkerbund soll in seiner bisherigen Form bestehen bleiben, seine Kompetenzen, namentlich als Schlichtungsorgan für politische Konflikte, sollen in keiner Weise gekürzt werden; und, sofern die europäische Zusammenarbeit zur Schaffung neuer konkreter Einrichtungen führen soll, müssen diese Einrichtungen dem Völkerbund mehr oder minder angegliedert werden: auch für den neuen, auf Europa begrenzten Staatenbund soll Genf als Sitz und Tagungsort beibehalten, je sogar räumlich und personell mit dem Völkerbundsstatut in Anknüpfung genommen werden. Darin liegt enthalten das einzige Konkrete an Briands Vorschlägen: es soll schon jetzt eine allfällige „europäische Konferenz“ abgehalten werden — also eine Art europäische Völkerbundsversammlung —, es soll ein engeres Komitee gebildet werden — also ein europäischer Völkerbundsparlament, und sogar, zunächst wenigstens in beschränktem Umfang, ein länderübergreifendes Sekretariat.

Diese Vorschläge verdienen ernste Beachtung, aber auch sorgfältiger, kritischer Unterlegung. Man wird insbesondere die Frage prüfen müssen, ob man das gesamte Völkerbundsstatut so ohne weiteres für die europäische Organisation übernehmen soll. Das gilt vor allem für das geplante Komitee, das offenbar, genau wie im Generalkonferenz, einen Unterfleck zwischen „ländlichen“ und „nichtländlichen“ Staatsmitgliedern machen würde. Gegen dieses „Zweitklassenstatut“, das zwar gewiß manche Vorteile hat, aber dem demokratischen Prinzip widerspricht und das sich allzu sehr an die imperialistische Unterlegung zwischen „Großmächten“ und „kleinen Mächten“ anlehnt, hat der internationale Sozialismus stets Einspruch erhoben, es sei beim Völkerbundsstatut angenommen wurde. Es ist daher sehr zweifelhaft, ob man gut tut, dieses System auch auf einen neuzuschaffenden europäischen Rat auszuweiten.

Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist bereits vor vier Jahren in das Heideberger Programm der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen worden. Es heißt da: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Deshalb unterliegen wir jedem Schritt, der in dieser Richtung liegt. Wir begrüßen daher, im Großen und Ganzen, auch die Ideen Briands, zumal die wirtschaftliche Not Europas, die durch unfinanzielle Zollschranken erhöhte Arbeitslosigkeit, die durch Wirtschaftskrisen erwirkte internationale Freizügigkeit eine zusammenfassende Regelung dieser Probleme notwendigem denn je erforderlich ist. Freilich darf man nicht allzu geschäftig an die Lösung dieser Fragen herangehen, und das ist es, was bei dem Memorandum Briands besonders auffällt: die Betonung des Wortes „Bündnis“.

der den politischen Lehren von der wirtschaftlichen Gebühre, die ganz überflüssige, aber im französischen Wunde nachgedachte etwas verächtlich klingende Erwähnung der „Sicherheit“ als der Voraussetzung eines jeden Fortschrittes, das sind Hindernisse, die den Bemühungen im Wege stehen, es sei denn, daß diese Vorbehalte mehr als Konjensation auf die Mentalität der Militärs und Diplomaten allen Stils gebacht sind, die eben internationalen Fortschritt von vornherein mißtraulich und mißbilligend im Wege stehen.

Mit Recht wird Briand u. a. gewisse Fragen auf, die zweifellos bei der Beratung des europäischen Problems auftauchen werden und zu den wichtigsten gehören: Fragen sozialpolitischer Art, z. B. die Einwirkung der Sozialversicherungsgesetze — mit Rücksicht auf die Koalitionsfreiheit, des Streikrechtes und der Arbeitszeit — ohne die eine wirtschaftliche Einheit in Europa undenkbar ist. Es handelt sich also um große Probleme, die die Arbeiterklasse auf das engste berühren und auf deren Lösung sie unbedingt Einfluß gewinnen muß. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in Europa und ihrer internationalen Körperschaften in den nächsten Monaten sein.

Die Kreditleistungen.

Was das Ermächtigungsgesetz bringen soll.

Eine Befragung der Regierungsparteien über das „Ermächtigungsgesetz zur Kreditleistung der deutschen Wirtschaft“ folgte einer Vereinbarung dahingehend geführt haben, daß die Kapitalertragsteuer für fest verzinste Werte am 1. Januar 1931 aufgehoben wird. Ferner beabsichtigt man, den Emissionsstempel für Aktien (Kapitalertragsteuer) von 4 auf 2 pro Mille bzw. von zwei auf 1 pro Mille zu senken u. die Börsenumschlagsteuer um ein Drittel, d. h. von 1%, auf 1/3 pro Mille zu ermäßigen. Schließlich soll der Termin für die Liquidation der Bank für Schuldverpflichtungen in die Hand der Regierung gelegt werden mit der Maßgabe, die Bank auch einer anderen Verwendung zuzuführen und sie z. B. zur Verwaltung der Mittel für die Ostfälle zu verwenden.

Wirth und Frick.

Auch eine Antwort.

Weimar, 21. Mai. (Eig. Draht.) Die Thüringische Regierung hat am Mittwoch — 10 Tage nach dem Empfang des Schreibens — ihre Antwort auf das inwärtigen veröffentlichten Schreiben des Reichsinnenministers vom 12. Mai nach Berlin übermittelt. Der Brief soll in „freundschaftlichem“ Tone gehalten sein und u. a. den Hinweis enthalten, daß die Ernennung der neuen Polizeidirektoren von der Thüringischen Regierung einftimmig d. h. ohne mit Zustimmung der Reichsparteien im Kabinett erfolgt ist.

Was tut Wirth nun?

Am Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte gestern Abend Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), daß Briefe Dr. Wirths nach Thüringen nicht genügen, nachdem selbst der Reichswehrminister erst in der Mittwochsitzung des Reichstages wieder betont habe, daß er mit rüchrichtiger Energie gegen das Eindringen der Nationalsozialisten in die Reichswehr vorgehe. Frick habe schon 1928 seinen Beamientest begeben. Es sei endlich an der Zeit, daß Wirth aus seinen Worten die Konsequenzen ziehe.

Abg. Frick (Thüringer) Soz. erinnerte daran, daß im Jahre 1928 Reichsminister Grafenmann die Entfernung der Kommunisten aus der Thüringischen Regierung forderte, obwohl damals seiner der kommunistischen Minister wegen Hochverrats vorbestraft war. Frick habe erweisen können als Beamter hochverräterische Organisationen geführt, habe falsche Briefe für Gemeinderäte ausstellen lassen, habe im Reichstag die Taten der Republik geschändet, habe im Reichstag behauptet, Streikern sei vom Ausland bezogen. Einen solchen Minister lasse sich die Thüringer Arbeiterklasse nicht gefallen.

Amnestie.

Auch für die Gemeinderäte?

Die hinter der Reichsregierung stehenden Parteien verhandeln am Mittwoch über eine Anknüpfung der Rheinänderung angeregte allgemeine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen. Es heißt, daß man eine Annäherung dahin erzielt, auch die Gemeinderäte und, mit Ausnahme der Minister, die, alle wegen politischer Straftaten verfolgten Personen unter die Amnestie fallen zu lassen.

Stahlhelm bleibt verboten.

Amlich wird mitgeteilt. Immer wieder taucht die Behauptung auf, daß der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun sich für Aufhebung des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen ausgesprochen habe. Es sei hierzu ganz eindeutig festgestellt, daß der Preussische Ministerpräsident seit dem Erlass dieses Verbotes stets — sei es im internen Dienstverkehr mit dem Reich oder mit den zuständigen preussischen Stellen, sei es, wie noch vor kurzem, in seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Ausweisungen im Bundestagsausschuß und -plenum — sich entschieden zu der Auffassung bekannt hat, daß kein Antrag vorliege, das Verbot des Stahlhelms aufzuheben. Es würde zur Klärung der Situation beitragen, wenn die betreffenden Presseorgane endlich einsehen würden, daß sie durch Verbreitung falscher Nachrichten der Sache, die sie offenbar vertreten wollen, keineswegs nützen.

Noch ein Demenli.

Der Reichsminister des Innern stellte am Mittwoch in der Abend Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages fest, daß Reichszentraler Waffern niemals mit dem Stahlhelm wegen der Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen verhandelt habe.

Der preussische Landtag

Genehmigte in seiner Mittwochssitzung die Gesetzentwürfe über die Erweiterung der Stadtreise Wiesels und Zrier. Dann bewilligte der Landtag 26 Millionen Zuschüsse für Rentengutsgründungen, davon 2 Millionen für Anlagengründungen. Endlich wurden in zweiter und dritter Lesung 11,3 Millionen für Reforamationen bewilligt.

Die dritte Lesung des Haushaltsplans beginnt am Donnerstag mit 12 Uhr.

Krieg im Frieden.

Von den französischen Lopezordenen.

Die kurzzeit an den Frontenmanövern der französischen Marine im Mittelmeer teilnehmen, mußten bereits am Mittwoch vormittag nicht weniger als fünf wegen schwerer Verwundungen in ihre Heimatländer zurückkehren. Am Mittwoch nachmittag waren drei U-Boote zur Rückkehr nach Toulon gezwungen.

Ueber die Reichswehr im Reichstage.

Am Reichstag begann gestern die zweite Beratung des Reichswehrausschusses.

Abg. Stücklen (Soz.)

erstattete einen Bericht, der zu einer breiten Grundlage der Aussprache über das Reichswehrausschuss wurde.

Er verwies darauf, daß eine wirklich große Ersparnis im Reichswehrausschuss nur möglich sei, wenn man die Kapazität der Truppen bedeutend herabsetze. Wir hätten 18 Kavallerie-Regimenter gegen 21 Regimenter Infanterie. Das sei im Verhältnis zu Kriegszustand eine ungenügende Höhe an Kavalleriebesatzung. Die Kavallerie sei notwendig aber viel teurer als die Infanterie. Auch die hohen Beamtensstellen im Ministerium seien auffallend zahlreich. So habe das Reichswehrausschuss: 1 Ministerialdirektor, 2 Ministerialadjutanten, 5 Abteilungsdirektoren und 122 Referenten. Das Arbeitsministerium und das Auswärtige Amt hätten nicht entfernt so viele hohe Beamtensstellen. Ungehört hoch sei die

Belastung des Reichswehrausschusses durch Pensionen.

Uebertragungsgebühren und Reibnisse. Diese Summen händen allerdings nicht im Reichswehrausschuss, sondern im Haushalt für Versorgung und Rückgehör. Die Gesamtsumme betrage 72 810 000, wovon Pensionen 20 382 000, Versorgungsgebehr 14 652 000 und Uebertragungsgebühren 25 528 000 M. knd. Das Reich verfortgt allein 62 pensionierte Generale.

Reichswehrminister Groener

hielt eine Glanzrede, die wie ein frontaler Angriff auf diejenigen wirkte, die beabsichtigen, am Reichswehrausschuss zu sparen. Der Finanzminister redet nämlich von Steuerentlastungen und Ersparnissen. Der Reichswehrminister dagegen erklärte, daß er in den nächsten Jahren

erhöhte Ansprüche

stellen müsse. Die sachlichen Ausgaben müssten unbedingt gesteigert werden. Darauf hoffe er in nächsten Jahre bestimmen. Die Zurufe folgten sich, als Groener erklärte, er habe nicht Erzierer und Leistungspläne genug, insbesondere fehle ein Anreizsystem für kriegerische Entfernungen. Auch an Munition dürfe nicht gespart werden. Groener Wert legte Groener auf den Nachweis, daß die Reichswehr keine Angreifungsarmee sei.

Sie entsprach einem Wirtschaftspolitiker der bezeichnende Zwischenruf: „Reider!“ Groener sagte, die Reichswehraussgaben seien mit 4 v. H. des Haushalts sehr gering, wenn man bedenke, daß Frankreich 27 v. H., Polen 29,3 v. H. und die Tschechoslowakei 20 v. H. ihrer Haushaltsausgaben für die Reichswehr vermandet. Sehr stark sagte sich Groener

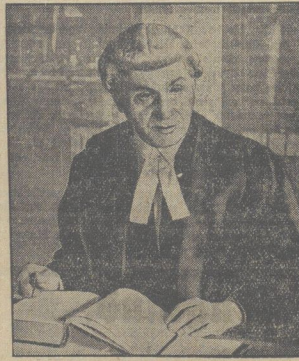
für die Entlohnung des Heeres

ein und hob hervor, daß er sowohl nach rechts wie nach links mit der gleichen Schärfe gegen Gesetzgebungsvorschlägen auftreten werde.

Abg. Schöpflin (Soz.)

hielt dem Reichswehrminister in bitteren Tönen vor, daß dieser immer mit einem leichten Spott vom Bäckerbrot zu reden pflege. Er erludte den Wehrminister, das zu unterlassen. Deutschland habe an der Entlohnung des Bäckereibundes allergrößtes Interesse. Schon manche Einrichtung, die erst beipflichtet worden sei, habe sich später durchgelehrt. Den Grundlag, daß unbedingt die militärischen Möglichkeiten des Wehrlicher Vertrags ausgehöht werden müßten, mache sich die Sozialdemokratie nicht zu eigen. Das über die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Es sei auch schief, unsere Heeresausgaben mit denen Frankreichs zu vergleichen. Wäre

Der neue Generalgouverneur von Australien.



Sir Isaac Isaacs,

der höchste Richter von Australien, soll vom englischen König zum Generalgouverneur des Landes ernannt werden. Sir Isaac Isaacs ist geborener Australier und gelangte schon früh zu sehr hohen juristischen Stellen. Er dilt als einer der künftigen Politiker der ganzen Empire.

Grüner und Böß.

Amtsenthebung des Berliner Oberbürgermeisters durch den Oberpräsidenten.

Der Oberpräsident von Berlin und Brandenburg hat am Mittwoch die Amtsenthebung des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böß verfügt. Damit ist nach dem Disziplinargesetz die Räumung des Bessals um die Hälfte verbunden. Entschieden jedoch das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz zugunsten des Beschuldigten, so wird ihm die gesperrte Summe nachgezahlt.

Den Vorfall des Disziplinarenates des Oberverwaltungsgerichts, das für die Berufungsverhandlung zuständig ist, führt Senatpräsident Gröhner. Dieser Gröhner wurde vor wenigen Monaten auch besonderes Versehen von dem Vorstand der SPD, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. In welcher Richtung sich Herr Gröhner inwärtigen entwickelt hat, ob er Nationalsozialist geworden ist oder nicht, wissen wir nicht. Aber es ist kein Geheimnis, daß er sich schon vor Monaten um die Nachfolge

Frankreich mit denselben Reparationslasten gefesnet wie Deutschland, so würde es sich hüten, 27 Prozent seiner Haushaltsausgaben für das Heer zu führen. Schöpflin übte dann scharf und stark begründete Kritik an den noch immer vorkommenden

Soldaten-Mißhandlungen.

Wärde man die verantwortlichen Kommandeure bei solchen Verfassungen in die Wüste schicken, so würden sehr rasch die Mißhandlungen aufhören. Eingehend behandelte Schöpflin die Tatsache, daß bei der Retrierung für die Marine oft genug die politische Gefinnung des Aufnahmefähigen oder die Gefinnung seines Vaters oder die Zugehörigkeit zu einer republikanischen Organisationsform für die Ablehnung ist. Hier müsse unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Das Haus hörte auf, als Schöpflin den Reichswehrminister schließlich wegen des immer wieder behaupteten

Verfehlers von Reichswehrstellen mit Ruhland

interpellierte. Am Haushaltsausschuß hätten beziehungsweise die sonst so regeligen und oppositionslosigen Kommunisten zu diesem Thema in allen Sprachen geschwiegen. Es sei bezeichnend, daß die proboschewistische Propaganda in der bürgerlichen Presse immer breiteren Raum einnehme. Bilder von den Landpartien der russischen Armeen würden sowohl in der „Roten Fahne“ wie in den Hugenbergbüchern mit der gleichen Begeisterung abgebildet. Der Reichswehrminister müsse sich unbedingt vor dem Reichstage äußern.

Abg. v. Lestow-Dorbeck (Dnal.)

Die Reichswehr soll nicht eine Richtung dienen, sondern dem Vaterlande als Quelle eines unpolitischen Nationalbewußtseins amfelle des übernehmenden Kolonialbewußtseins. Die Sparrigkeit im jetzigen Reichswehrausschuss geht schon zu weit und ist unerträglich. Selbst als Bereitwilligkeitsmaß ist die Reichswehr mit ihren 100 000 Mann und ohne schwere Geschütze um recht schwach. (Zuruf links: Wogu brauchen Sie denn die?) Nun, sogar Professor Duden hätte eine Reichswehr für nötig bei den Verhältnissen im Osten, wo Vandenüberfälle kommen können usw. Die Regierung muß auch für Stellung zum Panzer-schiff B nehmen, das heißt ja sagen. (Seufzert.) Durch den Wehrminister muß unser Volk mehr und verständnisvoller werden, den Grund dazu muß die Schuld legen. (Beifall rechts). Der sozialistische Schützerband oder propagiert Kriegsbewusstseinsverweigerung und Revolution im Kriegsfalle. Wir aber wollen durch den Wehrwillen unser Volk wieder zum Herrn und Meister seines Schicksals machen. (Handklopfen rechts).

Der föhliche kommunistische Mißtrauensantrag

gegen den Reichswehrminister wird mit Heiterkeit aufgenommen.

Abg. Erling (3.)

hält die Reichswehr für unbedingt notwendig und unverzichtbar. Dafür seien die Angriffe der Nationalsozialisten auf den Reichswehrminister der beste Beweis. Die Sozialdemokratie solle mit ihren Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Reichswehr aufhören. Zum Reichswehrminister gerandt, sagte Erling: „Sorgen Sie, daß der Geist der Reichswehr so bleibt, wie er ist.“

Abg. Kappenberger (Komm.)

Die Sozialdemokratie ist an diesem Etat und an den Geheimnistraktionen mißfällig, ihre Opposition ist nicht aufrichtig. Hundert Millionen werden für Waffen ausgegeben, die die Reichswehr nach dem Frieden nicht haben darf. Arbeiter in Belgien, die ein schweres Waffenlager aufgedeckt haben, liegen wegen Diebstahl in Untersuchungsgefängnis. Die Feldbesichtigungen an der Ober, für die nachträglich 30 Millionen benötigt werden, richten sich gegen Sammel-Ruhland. (Seufzert.)

Belehrung Donnerstag.

des Oberbürgermeisters Böß bemächt und bereits damals in seinen Kreisen über Böß und die Berliner Stadtermaltung in der geschäftigsten Weise geredet hat. Grüner hat geradezu danach gedeutet, über Böß zu Gericht sitzen zu können und fernerzeit über den Fall Böß Dinge erzählt und kolportiert, die u. B. sich überdies mit der Wahrheit auf Kriegsfuß stehen und jedes Maß an Objektivität vermissen ließen. Soll dieser Mann jetzt im Ernst über Böß urteilen? Man sollte eigentlich annehmen, daß ein Richter, dem auch nur ähnliche Vorwürfe wie Herrn Grüner gemacht werden können, von sich aus wegen Befangenheit auf den Vorfall in dem über Herrn Böß zu Gericht sitzenden Disziplinarenat des Oberverwaltungsgerichts verzichtet würde. Aber Herr Grüner . . .

Die Steuern und Zölle.

Was im April eingenommen ist.

Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat April 1930, den ersten Monat des neuen Steuerjahres 1930-31, mit 953,3 Millionen Mark an. Der erste Monat des verflochtenen Steuerjahres 1929-30 erbrachte nur 939,4 Millionen. Die geringere Einnahme im Vorjahr entfällt in der Hauptsache auf Besitz- und Verbrauchssteuern; dagegen haben sich die Zölle und Verbrauchsabgaben kaum verändert. Für den Vergleichsmonat, den Januar 1930, ergibt sich eine Gesamteinnahme von 1110,2 Millionen Mark. An dem verringerten Aufkommen im April 1930 ist die veranlagte Einkommensteuer mit 30,5 Millionen, die Körperschaftsteuer mit 2,4 Millionen und die Umsatzsteuer mit 31,6 Millionen Mark beteiligt. Bestimmte Folgerungen sind aus der Entwicklung nicht zu ziehen, da sich das größere Aufkommen im Januar einmal durch Abschlußzahlungen und weiter durch das Weihnachtsgeschäft erklärt.

Die Rohsteuer wird für April 1930 mit 104,8 Millionen Mark angegeben, gegenüber 118,7 Millionen Mark im Januar 1930 und 89,3 Millionen Mark im März 1930. Das höhere Aufkommen im Januar geht auch hier auf Saisonwirkungen (Weihnachtsgeschäft) zurück. Die Steigerung im April gegenüber dem März dürfte sich hauptsächlich aus der Abnahme der Erbschaftsteuer erklären. Am Monat April wurden 13,9 Millionen Mark an Erbschaftsteuer zurückgeführt, im März dagegen 23,24 Millionen Mark.

Das Aufkommen bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben, das sich mit dem Vormonat vergleichen läßt, ist rückläufig. Am gansen hind 7,2 Millionen Mark weniger aufgenommen als im März. Die Tabaksteuer erbrachte 4,6 Millionen Mark, die Zucksteuer 1,3 Millionen, die Biersteuer 3,8 Millionen, das Spiritusmonopol 8,9 Millionen und die Schaumweinsteuer 0,5 Millionen Mark weniger als im März. Allerdings hat sich das Aufkommen aus den Zöllen um 5,8 Mark gesteigert. In diesen Zahlen steht aber der Nachschuß für Kasse und Tee.

Der politische Sejm ist von dem Sejmarchafal Daisinsu zum 28. Mai einberufen worden. Die Opposition dürfte bereits in der ersten Sitzung mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung aufwarten.

Von der Kleinstaaterei.

Je kleiner das Land, um so teurer die Verwaltung.

Die Durchprüfung der Staatshaushalts der Länder und ihre Gegenüberstellung ergibt überraschende Resultate, die deutlich den Umfang der Kleinstaaterei zeigen. Im allgemeinen kann man den Gehalt aufstellen: Je größer das Land, um so sparsamer die Verwaltung, um so geringer die Zahl der Beamten im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Dafür ist Preußen das große Vorbild. Der Reichspräsident hat kürzlich ein Gutachten über die württembergische Verwaltung herausgegeben. Bei seinen Reformvor schlägen lehrt der Satz immer wieder: Das Beispiel Preußens zeigt, wie es gemacht werden muß.

In diesem Gutachten befindet sich eine Zusammenstellung der Kosten der Staatsverwaltungen. In den kleinsten Ländern sind sie relativ am teuersten. Die höchsten Werten zeigt die Kleinstaaterei dabei in Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig. Die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung betragen für den Reichstag 0,12 Mark, für den preussischen Landtag 0,17 Mark. Dagegen kostet der braunschweigische Landtag 0,49 Mark pro Kopf der Bevölkerung und der Landtag von Mecklenburg-Strelitz gar 0,82 Mark. Das Land mit den drückendsten Landtagskosten ist Württemberg, aber hier kostet die Staatsverwaltung schon nur noch 0,28 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Der weite Abstand zwischen Württemberg und Braunschweig und dann wieder zwischen Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz ist bezeichnend. Gerade die besten Länder, die die höchsten Ausgaben und Überbeschäftigung der Kleinstaaterei sind, haben die teuersten Staatsverwaltungen. Wie lange soll dieser Unfug noch weiter gehen?

Beziehungen der „Roten Falken“.

Karl Löwenstein kündigt den Verleumdern Span.

In der Abend Sitzung des Reichshausparlamentes am 22. Mai wurde die Beziehung der Roten Falken zu einem gewissen Fall zwischen dem deutschen Abgeordneten Span und der Sozialdemokratie. Span sprach von einem Treiben in den Lagen der sozialistischen Kinderfreunde und daß infolge dieses Treibens die Kinderfreunde nicht mehr an den Boden kommen könnten. Sozialdemokratische Abgeordnete nannten in großer Erregung den Fall Span einen Verleumdung. Der deutsche Abgeordnete Span antwortete, daß die Juride unparlamentarisch gewesen seien, das Verhalten Spanns sei aber parlamentarisch nicht zu tadeln. Er verlangte, daß der Abg. Span sofort seine schweren, beleidigenden Behauptungen beweise. Außer der Reihe erhielt Span das Wort, konnte aber nichts anderes vorbringen als einige längst bekannte Zitate aus Zeitungen, ferner die Anfrage des Zentrums im Reichstag vom 12. März und schließlich die, die er in Nürnberg gehört haben will. Unter gestärktem Beifall dankte der Abg. Span für die ihm entgegengebrachte Unterstützung. Er machte u. a. darauf aufmerksam, daß im Reichstage Ramey ein ähnliches Vergehen begangen habe, nicht ein einziges Kind habe sich dagegen gewandt. Es sei Grund genug, daß die „Roten Falken“, die Liebeszeuger jedes Menschen zu achten, auch diejenige ihres Gegners. Löwenstein habe ausdrücklich die Kinder darauf aufmerksam gemacht, daß die kleinen Mütter im Rheinlande der Bevölkerung heilig waren. Die auch von Span zitierten Mütter seien immer als die sozialistische Bewegung nicht bekannt. Löwenstein verlas eine große Anzahl erschütternder, kenntlicher Briefe aus dem Reichstag. Er schloß mit der Bemerkung: „Wer wie Herr Span, mit religiöser Liebeszeugung mit der Ehrlichkeit des Hirten und der Wahrheit des Soldaten ein solches Maß von Gemeinheitsfreiheit in Anspruch nimmt, der ist wahrscheinlich nicht zu beneiden.“

Ultimatum der Heimwehr.

Was wird Schöber tun?

Wien, 22. Mai. (Eig. Funkt.). Das von dem Bundeskanzler schon vor Wochen angekündigte Entwaffnungsgesetz droht einen schweren Konflikt zwischen der Regierung und der Heimwehr herbeizuführen. Schöber hat in den letzten Tagen wiederholt mit der Heimwehr über die in Aussicht genommene Entwaffnung aller Verbände verhandelt. Am Mittwoch erklärte die Heimwehrleitung ihre Zustimmung zu dem Gesetz nur unter der Voraussetzung gehen zu können, daß das österreichische Innenministerium mit einem Vertrauensmann der Heimwehr beauftragt wird und ebenso das Amt des Wiener Polizeipräsidenten künftig von einem Heimwehrmann verwaltert wird. Wörtlich heißt es in dem Ultimatum der Heimwehr:

1. Die Staatsgewalt führt unter Mitwirkung der Heimwehr die Entwaffnung der staatsfeindlichen Organisationen durch.
2. Für die Zeit dieser Entwaffnungsmaßnahmen übernimmt ein von der Bundesführung vorgeschlagener Vertrauensmann das Innenministerium des Innern, das diese Entwaffnungsmaßnahmen ausführt. Obgleich die Heimwehr die obersten Stellen des Innenministeriums, des Polizeipräsidenten und des Landesverwaltungsamtes, mit einem Vertrauensmann der Heimwehr beauftragt werden, mit einem Vertrauensmann der Heimwehr beauftragt werden.
Unter anderen Voraussetzungen als den oben genannten und zu einem anderen Zeitpunkt als nach völliger Durchführung der Entwaffnung der Staatsfeinde kann die Bundesführung der Heimwehr niemals ihre Hand zu irgendwelchen gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich der Entwaffnung reichen, mögen dieselben noch so harmlos erscheinen.

Es verlaute, daß Schöber dem Anhalten der Heimwehr abzuweichen geneigt sei und die beschlossene Entwaffnung unter seinen Umständen hindern will. Die österreichische Regierung wird sich mit den Heimwehrforderungen voraussichtlich noch heute befassen. Die Lage ist äußerst gespannt.

Höheres Schulgeld.

Die Regierungsparteien des preussischen Landtages kamen am Mittwoch überein, die von der Regierung in Vorschlag gebrachten Erhöhungen des Schulgeldes für höhere Schulen ihre Zustimmung zu geben. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landtag schon in den nächsten Tagen zugehen.

Neue Kämpfe in China.

Zhijiangtaifeng meldet einen großen Sieg.

Schanghai, 22. Mai. (Telefunkt.). Das Hauptquartier des Generals Zhijiangtaifeng teilt mit, daß es den chinesischen Regierungstruppen nach mehrtägigen Kämpfen in der Provinz Schantung gelungen sei, die aufständischen Truppen zurückzudrängen und die Stadt Futien zu besetzen. Den Regierungstruppen seien mehrere tausend Gefangene, Waffensysteme und schwere Geschütze in die Hände gefallen. Zhijiangtaifeng dankte in einem Tagesbefehl den Truppen für den großen Sieg und kündigte eine neue Offensive zur Eroberung Peking an.

Der Kampf um das Salzdepot.

Frau Raiba und Ganhis letzter Sohn verhaftet.

London, 21. Mai. (Eig. Drahtf.). Ausgerüstet mit Verpflegungsrationen für zwei Tage und mit den zur Niederlegung des Statthalteramtes um das Salzdepot nötigen Instrumenten, begannen 2000 Anhänger Ganhis am Mittwoch beim Morgengrauen ihren Marsch vom Feldlager in Unlai nach dem Salzdepot von Djarfana. Der den Teilnehmern am Zug erteilte Auftrag lautete, das Salzdepot ohne Rücksicht auf die Folgen in Besitz zu nehmen. Die Führer der indischen Freiheitsbewegung, Frau Raiba, begleitete den Zug. Die Freiwilligen wurden nahe dem Salzdepot von hunderten Polizisten mit Knütteln aufgehalten. An dem folgenden Morgen teilten sich die Angreifer in zwei Züge, die getrennt voringen. Einem der Züge gelang es, den Drahtbaum zu erreichen und die mitgeführten Waffen nach den Festlichkeiten zu werfen, um eine Brücke in den Zaun zu schlagen. Der Polizei gelang es schließlich noch erfüllter Kämpfe, den Zug zurückzuschlagen. Drei Stunden lang dauerte das Ringen zwischen der Polizei und den Freiwilligen, obwohl 100 Personen verletzt und 200 verhaftet wurden. Die Polizei begnügte sich jedoch nicht mit diesen Massenverhaftungen, sondern nach Frau Raiba selbst sowie Ganhis Sohn Manial, das einzige Mitglied der Familie Ganhis, das sich noch auf freiem Fuß befand, in Gewahrsam. Ganhis Sohn hat im Verlauf der Kämpfe eine Verletzung erlitten. Die Führung der indischen Freiheitsbewegung ist nunmehr an den großen Wai übergegangen, der vor kurzem die Präsidentenschaft der indischen Kongress-Versammlung freiwillig aufgegeben hat, um sich mit Ganhis solidarisch zu erklären.

Nach den letzten eingetroffenen Meldungen ist der große Angriff auf das Salzdepot Djarfana jedoch noch keineswegs zu Ende. Von allen Seiten eilen neue Scharen Freiwilliger herbei. Die Eisenbahnbehörden versuchen den Zugang dadurch zu erschweren, daß sie die Eisenbahnhäuser an der Djarfana an der am nächsten gelegenen Station ohne Halten vorüberlassen.

Der Reichsausschuß des Reichstages beschloß am Mittwoch mit der Beratung der von der Regierung vorgelegten Anstaltsentwürfe am Sonnabend zu beginnen. Die Beratungen über die Frage einer Reform der Ehegesetze sollen wieder aufgenommen werden, sobald der zur Zeit der Debatte fehlende Gegenentwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder erliegt ist.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Genfer Abkommen über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverhölle werden am kommenden Freitag in Berlin beginnen. Die deutsche Seite ist durch den Reichsausschuß vertreten, der als Vorsitzender der Staatsgerichtshofes vom Schurke der Republik eine sehr unparteiliche Persönlichkeit war. Unter Nieder, der sich von einem anfänglich liberalen zu einem sehr reaktionären Richter entwickelte, wurden zahlreiche Angelegenheiten mit strengen Beschlüssen, deren Strenges die härteste Kritik hervorrief. Nieder erreichte ein Alter von 67 Jahren.

Die Radioaktion des Böhmerlandes, der schweizerische Bundesrat und zwei Vertreter der schweizerischen Radiogesellschaft haben am Mittwoch mit dem Generaldirektor des Böhmerlandes die beiden Verträge unterzeichnet, in denen der Bau und der Betrieb der Radioaktion des Böhmerlandes in Verbindung mit der schweizerischen Radioaktion in Pragins endgültig geregelt werden.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Dranienburg.



Das brennende Mähdreschhaus in Dranienburg.

In Dranienburg bei Berlin brach während der Nacht in dem nachlässigen Hofraum einer Dampfträhle ein Riesenfeuer aus, zu dem sämtliche Feuerwehren der Umgegend, sowie mehrere Berliner Löschiüge alarmiert wurden. Ganz Dranienburg war von dem Zusammenstoß taghell erleuchtet.

Goldmachers Glück und Ende.

Wieder einmal ist ein Goldmacher verhaftet worden, diesmal in Düsseldorf. Es ist der 30 Jahre alte frühere Farber Josef Rurichildgen, dessen Spezialität die künstliche Herstellung von Gold und Rubium war. Rurichildgen hat von Interessenten beträchtliche Geldmittel erhalten, um seine „Verfälsche“ in seinem Laboratorium forschen zu können. Diese Verfälsche gingen so weit, daß in eine mit Sand und Wasser gefüllte Glasflasche elektrischer Strom geleitet wurde. Durch Atomzertrümmerung sollte Gold und Rubium gewonnen werden.

Zeitweise wurden die Verfälsche und Demonstrationen in dem Sekretariat der Düsseldorf-Ordnungsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei unternommen. Ihr Sekretär, Graf Penzance, hatte es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, die Goldgeber zu werden. Als bei der ganzen Atomzertrümmerung nur jene paar Goldfäden aus deutschnationaler Tageszeitung kamen, die ganz offenbar vorher in die geheimnisvolle Zauberküche hineingepflegt worden waren, zeigten die Enttäuschten den Goldmacher wegen Betruges an. Die Behörden begriffen in Rurichildgen einen alten Bekannten, der bereits im Jahre 1922-23 als Mitglied aufgetreten und bald darauf als Schwindler entlarvt worden war. Er ist damals für gefesselt erklärt worden. Der diesmal durch ihn angerichtete Schaden dürfte in die Hunderttausende gehen.

Zeppelin über dem Ozean.

Landung heute nachmittags in Brasilien.

Friedrichshafen, 22. Mai. (Eig. Drahtf.). Das Luftschiff hat am Mittwoch früh nach 18 Uhr den Hauptteil der Gruppe der Kap-Beisenden Inseln passiert. Das Schiff hatte damit die Hälfte seines Weges von Spanien nach Südamerika erreicht. Nachts um 3 Uhr traf hier eine weitere Meldung der Schiffsfahrt ein, nach der sich das Schiff etwa 1200 km von der Südamerikanischen Küste entfernt befand. Die Landung wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Nachmittags erfolgen.

Pernambuco in Erwartung.

Newport, 22. Mai. (Telefunkt.). Wie aus Pernambuco gemeldet wird, rüstet sich die ganze Stadt zum Empfang von „Graf Zeppelin“, der am Donnerstag nachmittags erwartet wird. Von den Feiern der Zeitungsgesellschaft lesen große Mengenemengen, die die letzten Standbilder des Luftschiffes lebhaft beschreiben. Die ganze Bevölkerung Pernambucos ist in größter Aufregung.

Die Fahrt als Entseerfischerin. Vor ihrer beabsichtigten Fahrt ins Ausland wurden die beiden Direktoren der größten polnischen Zuderfabrik Palm verhaftet. Es sind dieser Tage in der Fahrt die Zuderfabrik mit Chilekapern, das von der Verwaltung als Zugschiff für die Silberminen verwendet wurde, aufgedeckt worden. Das Chilekapern war nämlich zu 40 Prozent mit Sand gefüllt, was zu einer ungemessenen Verfrachtung der Silbermine in den letzten Jahren geführt hatte. Das Quantum des gefüllten Salpeters betrug sich auf über 40 000 Zentner jährlich. Fünfzehn Fischer ertranken. Bei einem Seemittelfahrt über dem Küstengebiet bei Raconna (Staten) sanken 12 Fischerboote. Fünfzehn Fischer ertranken.

Ober des Leichfins. In Lübeck ist ein 65jähriger Dachdeckermeister das Opfer einer abfälligen Forderungsforderung geworden. Der alte Herr, der seit einigen Monaten an Herzbeschwerden litt, ließ sich von einem Arzt eine Medizin verschreiben, die schon mehrfach leidend gemerkt hatte. Der Dachdecker hatte die vorgeschriebenen zehn Tropfen korn zu sich genommen, als ein Bote aus der Apotheke angefahren kam, um die Medizin zurückzugeben, da bei ihrer Bereitung ein bedeutender Fehler unterlaufen sei. Zu spät! Eine Viertelstunde später war der Dachdeckermeister tot. Der behandelnde Arzt schrieb den Totenschein auf Herzerkrankheit aus und unterließ eine Anzeige. Erst durch den Hinweis des sozialdemokratischen „Lübecker Volksboten“ erfuhr die Kriminalpolizei von dem Fall.

Pestepidemie auf Java. In Barot auf Java ist eine Pestepidemie ausgebrochen, die bisher 18 Todesfälle gefordert hat. Mehr als 100 Personen befinden sich zur Beobachtung in den Krankenhäusern.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funkt- und Drahtberichte).

Verheerungen durch eine Windhose.

Wasserburg (Bayern), 22. Mai. (Telefunkt.). Ueber die Gegend von Schönfeld bei Wasserburg ging ein schweres Gewitter mit einer Windhose nieder. Die Windhose richtete in der ganzen Gegend ungeheure Schäden an. In einigen Bieren wurden die Hausdächer vollkommen abgedeckt. Die Bäume, die in spärlicher Höhe standen, wurden entzweit.

Drei Arbeiter ertranken.

Großkan (Schlesien), 22. Mai. (Telefunkt.). Beim Bau des Reiter Wehres in Bringenau sind drei Arbeiter ertrunken. Als sie mit einem Handkahn Bruchsteine hinter das Wehr schafften, um sie dort zu verladen, wurde der Kahn von der Strömung erfaßt und zum Kentern gebracht.

Calmette-Opfer auch in Budapest.

Budapest, 22. Mai. (Eig. Funkt.). In Neu-Best sind dieser Tage sechs Kinder an den Folgen von Calmette-Empfungen gestorben. Zahlreiche Kinder schwanden in Lebensgefahr. Die eigentliche Ursache der Unglücksfälle konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Die Postler-Bewegung in Frankreich.

Paris, 22. Mai. (Eig. Funkt.). Der französische Postminister hat am Mittwoch wiederum 16 Postbeamte ihres Amtes entbunden. Er kündigte gleichzeitig an, daß er für den Fall eines neuen postlosen Währungsbeschlusses die Streikführer und ihre Nachfolger ohne besondere Disziplinverfahren bestrafen werde. Der sozialistische Parteiführer Leon Blum hat gegen diesen Eingriff in das Beamtenrecht sofort eine Interpellation in der Kammer eingebracht.

Millionen Hausfrauen kaufen MAGGI-Suppen, weil sie wissen, daß sie gut sind.

Achten Sie beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die typische gelb-rote Packung.



Denken Sie immer daran!

Wir waschen Ihre Wäsche schonend!

Die modernsten Maschinenanlagen der heutigen Zeit, sowie bestgeschultes Personal unter fachmännischer Leitung sorgen dafür, daß Sie auf jeden Fall zufrieden gestellt werden.
Warum lassen Sie trotzdem noch nicht bei uns waschen?
Wir wissen es! Lesen Sie deshalb bitte die morgige Anzeige!



Dampfwäscherei RÖVER

Kl. Str. 34, Weingarten 26 Halberstadt Johannesbrunnen 9, Tel. 192

Bestern morgen 8 1/2 Uhr entließ ich plötzlich und unerwartet unsere liebe Tochter, Schwester und Gattin
Räthe Heins
im Alter von 11 Jahren.
Halberstadt, den 22. Mai 1930.
Schulstraße 21.
In tiefem Schmerz:
Adolf Heins und **Kran** als Eltern
Wolfgang Heins als Bruder
Sophie Heins als Großmutter
Adolf Heins als Onkel
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Friedhofstafel aus, statt.

Heute entließ nach kurzem, schwerem Leiden unser geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, der
Schneidermeister J. Lenzschki
in Kiel, Hamburg, Halberstadt.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Familie Lenzschki.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Mai, 11 1/2 Uhr, vom Langerbau, Ritterbergstraße 1, statt.

Feuerbestattung
Sachleistungsversicherung für kostenlose Feuerbestattung gegen mögliche Monatsbeiträge ohne Wartezeit.
Bargeldversicherung bis 8000 RM. (Krankenversicherungs) Kollektiv-Sterbegeldversicherung.
Rechtsanspruch.
Politisch und religiös neutral.
Auch sehr geeignet für nützliche Investitionen, welche Selbstständigkeit anstreben. Ausführliche Angebote unter P. 568 an Invalidendank, Ann.-Expd., Berlin W. 9.

General-Vertretung Halberstadt
an tüchtigen, leistungsfähigen Generalvertreter unter günstigen Bedingungen zu vergeben.
Auch sehr geeignet für nützliche Investitionen, welche Selbstständigkeit anstreben. Ausführliche Angebote unter P. 568 an Invalidendank, Ann.-Expd., Berlin W. 9.

Zahn-Praxis!
Sprechzeiten in **Hamerleben**: Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags 8-11 Uhr, abends 7-8 Uhr.
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, vorm. 8-10 Uhr, nachmittags 8-7 Uhr.

H. Angerstein staatl. gepr. Dentist

Synagogen-Gemeinde.
Freitag, den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Sonnabend, den 24. Mai, morgens 7 1/2 Uhr, Freitag: 9 Uhr, Sabbat: Ausg. 9 Uhr 20 Min. Wochentags morgens 8 1/2 Uhr, abends 7 Uhr.

Zur Befestigung für Beeten, Balkone
empfehle: Steinchen, Kieselchen, Geranien und Fuchsin. Außerdem: Tomaten, Gemüße, pikante Selleriepflanzen, diverse Blumenpflanzen, äußerst preiswert.
Kranz Apel, Gärtnerei, Thorenstraße, Bestellungen: Blumengeschäft Gartenstraße 15.

100 Mt. zahlt Verteiler, wenn "Hiesler" nicht bei der Wäsche und Tier-Köcher, Milch, Kleiderkäufe, Nüsse (Korn) usw. Mit Beites Habitmittel gegen Wermut nur bei **Wernigerode**.
Wangen. G. Br. 47, Postg. 14.

Arbeiter, Wm., Mitte 50, in fester Stellung, sucht
Wirtschafterin
40-50 Jahre. Solat mit ausgeübten. Offerten um. D. 687 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wer Sympathien, Geschäftsbehalten, Kraft und Geld sucht
der wende sich an **S. 105** postl. Wernigerode. Ausmittl. gen. Nichtwort.
Habe jetzt
Telephon-Anschluß 1636
Empfehle meinen 19, Sonnen-Güter-Wagen für familiäre Transporte für Stadt und Land, besonders auch für **Sonntagsfahrten**
Hufmüller
Branntweinstraße 11
Bismarckgraben 10

Auto-1067
Bermietung
S. Wilmkötter
Privat-Autobermietung
Wiederbach, 2326
Leeres Zimmer
mit Kachelofen, gefast. Angeb. unter G. 686 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bevor Sie einen Photo-Apparat kaufen, sehen Sie sich mein Schaufenster an, Sie sparen Geld.
Bestvater
Spiegelstraße 59
Uebergangsmäntel
wie Loden, Gummi, Gabardine, Chantrel, sportbillig
68.- 55.- 48.-
34.- 27.- 18.-
Emil Plettner
jetzt Schmiedestraße 24

Die Sargstedter Warte
das Ausflugslokal im Hoy, ist renoviert. Ich empfehle es den Hauptbesuchern zur gefälligen Einkehr. Schönster Platz im Hoy, herrliche Aussicht auf Halberstadt und das Harzvoland. Bei gutem Wetter: Autoweg bis zum Restaurant. Postautoverbindung bis Sargstedt. Ab Halberstadt Holzmarkt 11 20 u. 18 45 Rückfahrt von Sargstedt 18 30 Sonntags 19 20
Am Sonnabend abend: Einweihung des neugebauten geschlossenen Veranda
wozu freundlichst einladet
Wilhelm Geelhaar

Achtung!
S. 105
meiner eigenen
Wirtschafterin
Freitag und
Sonnabend
Schweinefleisch
in der Markthalle
Stand Nr. 6, aus.
Roteletts u. Ramm Pfd. 1.20
Bredesinken 1.10
Baus und Speck 1.00
Flomen 0.90
Ries u. Gekochter 1.00
Schicht-Schwein 1.20
Schleppke 1.10

R. Miftersky
Fernsprecher 2372
fröh. Halberstadt, Pfeilschalle.

Hamburger Fischhalle
Martinsplatz 33,
Telephon 2172
Lebende
Karpfen u. Schleie
Täglich
frische Seefische.
H. Maites-Derivate

Rüheneinrichtung
gut erhalten, zu verkaufen.
Damaschweg 14.
1 Posten Giede-Röhre
2 1/2 Meter lang
5 cm Durchmesser
auf Wunsch gebogen, billig zu verkaufen.
Anfragen unter G. 688 an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Thale (Harz)
Verkauf
morgen
Freitag und
Sonnabend
Schafsch. 3 Bld. 0.90
Schm. 3 Bld. 1.00
Sollers
an G. 1065
Fleischerm. **Albert Riegeler**,
Hofstraßenstraße 10-11.

Kammer-Lichtspiele
Heute letztmals:
Heinrich George in Der Sträfling von Stambul
Spezialfilm in Das Geheimnis d. Hüllenschicht
Ab morgen Freitag bis nur einsindl. Montag
Die phantastische Karriere eines ungariſchen Bauernabkels, das über Nacht zur Millionärsfrau wird.

Vilma Banky in „Mein Himmelreich“
Ein altes Autotagel — zwei möblierte Zimmer und ein liebes Herz — das war für Vilma Banky das Himmelreich.
Außerdem der Freund und Geliebter aller Sentimentalliebhaber
EDDIE POLO
in
1st Eddy Polos schuldig?
Steuere tolle Sensationen des Meisters in 7 Akten.
Die Syndikatswoche Die Kulturschau

Jugend- und Familien-Vorstellung
Tom Taler in „Alta den großen Preis“
Ein spanisches Wildschützenstück, das zwei reizende Aufspiele, Breise der Fische für Alle 80-70 Pfennig.

Speise-Kartoffeln
Beste, gesunde Industrie,
10 Pf. 45 Pf. 1/4 Str. 1.10.
Franz Gebhard,
Gerberstr. 9. Telefon 2381.

Feller Herren-Cover-Coat-Mantel
auf Seide gearbeitet, sehr gut erhalten, für 38,- Mk. zu verkaufen
Spiegelstraße 61, I.

Lichtschau LSH spielhaus
Heute letztmals! Harry Heilke in „Water und Soja“ — „Schwur des Harry Adam.“

Ab morgen Freitag bis nur einsindlichl. Montag „Sündig und süß“
ist kein Reiz, kammerer Mund! Sündig und süß ist die blaue Mitternachtsstunde! Schöne nicht lang, reich mit den Frank-Disch im Kampf der Luft verwickelt.
Sündig und Süß
Der Tango, dessen ästhetische Melodie liberal erklingt, so liebe herrlich, als Vegetation eines entzückenden Films!
„Sündig und süß“ — das ist die Lebensgeschichte des Romanes von der kleinen Muffete, die das begehrteste Modell von Montparnasse war. Und sie war die Verkörperung dieser Eigenschaften, so war ihr Frischchen, ihr Blick, ihr rankes, schlankes Frischchen — sündig und süß! Es war nicht leicht, eine gelungene Darstellerin zu finden, die in jeder Beziehung dem Titel und der Rolle dieses Films gerecht wurde — man fand sie in der Garmenten
ANNY ONDRA
in welcher sich die Amant lieblicher Jugend und die jugendliche Lebensgeschichte des deutschen Mädchens harmonisch vereint. Wir alle werden Anny Ondra nach diesem Film sehr lieb gewinnen!
Ein Ensemble ausgezeichneter, oft bewährter Darsteller gruppiert sich um das fähigste Spielfeld der Welt, wie
André Hanssen
der fähige und interessante Schauspieler
Julius Falkenstein — Hans Junkermann
Die Entzückter der Nacht
Sernan — Eddy Polos
Die großartige Gegenüber
Paul Morgan / **Wolpe Ganges** / **Eugen Rex** / **Hani Reicht** / **Tony Reicht**
Fernst
Syd Chaplin
Das ist der Mann, der von Welt-u. Schmeißer-mutter getrennt, nachhelfen Wendungen nachgeht
Das ist der Mann, der die tiefsten Gefühle macht, mit jeder Gier zu tun bekommt und
Das ist der Mann, der — ohne daß er es will — für Andere die Kopfen aus dem Feuer holt ...

Der Draufgänger
Eine sensationelle Komödie um einen verkappten Don Juan, eine Schwiegermutter, ein Brillantfabrikant und 1000 süße Mädchen.
In den Hauptrollen:
Syd Chaplin
der fabelhafte Charakter-Komiker, „großer“ Bruder des „kleinen“ Charlie.
Die neuesten Weltanschauungen mit den ersten Aufnahmen des Wundervorgangs Anglicks und der höchstinteressantesten Deutschland-England.

Möbelpolitur
Rates-Preise
Merz'sche Salbe
Merz'sche
Blutreinigungscie
Rats-Apotheke

Wernigerode
Nach der Genehmigung der Schulungsänderung für das Jugendamt der Stadt Wernigerode durch den Stadtrat, welche sich mit der Förderung der Jugendwohlfahrt befaßt, oder der Jugendberater dienen, insgesamt mit 10 Mitgliedern für das Jugendamt in Vorfall zu bringen.
Die in Frage kommenden Vereiningungen werden daher durch erludt, geeignete Vereiningungen, und zwar in Doppelzahl der auf sie entfallenden Vertreter innerhalb eines Monats in Vorfall zu bringen. Bei nicht rechtzeitiger Ausübung erlischt das Vereiningungsrecht. Die Vereiningungen müssen die Wahlbarkeit für Ehrenämter der Stadt Wernigerode besitzen.
Wernigerode, den 21. Mai 1930.
Der Magistrat, S. Reichardt.
Druckfragen liefert Harzer Volksstimme

Ahrberg's Kleinfleisch
25 Pf.
Filiale Burgstr. 12 :: Tel. 609

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 119

Donnerstag, den 22. Mai 1930

5. Jahrgang

Bernigeröder Angelegenheiten.

Bernigerode, den 22. Mai.

Gedenktage.

1864 Bassalles letzte Agitations-Reise. — 1872 Gotthard Einigungs-Kongreß. — 1879 Prof. Kasas Peter Reinders. — 1898 Amerikan. Schriftsteller E. Bellamy. — 1905 Gemeindefesttag in Rön. — 1925 Annabens Ausflug im Flugzeug zum Nordpol. — 1927 Sozialistische Parteitag in Kiel.

Der Jahresbericht der Mädchen-Volksschule, den Rektor Brandt in einer Elternversammlung bekannt gab, enthält eine folgende Mitteilung: 138 Grundschüler kamen zur Anmeldung, wovon 5 wegen körperlicher Schwäche auf ein Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden. Die Klassenfrequenz liegt zwischen 40 und 50 Schülern. Die Schule zählte mit Beginn des Schuljahres 776 Schülerinnen gegenüber 711 des Vorjahres. Bei der Einschulung wurden 42 Mädchen aus der 1. Klasse, 8 aus der 2. und 5 aus der 3. Klasse entlassen. 8 Schülerinnen erhielten Prämien für besondere Leistungen. Von den 53 Schülerinnen, die zu Eltern zu den höheren Schulen übertragen, gingen 31 an die Mittelschule, 14 an das Lyzeum und 8 an das Gymnasium. Die Weiterverpflichtung wurde in 7 Fällen in Anspruch genommen. An 85 unterrichteten Kindern wurde Milch verabreicht, ferner beteiligten sich weitere 54 Kinder an der Milchspeisung. An der Sportabteilung beteiligten sich 52 Kinder, während für 93 Kinder orthopädischer Unterricht erteilt wurde. Die Schule konnte eine Fingerringprämie erleben und die zwei benutzten Nähmaschinen besahen. In der Aussprache wurde die Frage des obligatorischen Schwimmunterrichts angesprochen, der unter den heutigen Zuständen leider nicht durchgeführt werden kann, da es an der Knaben-Volksschule an geeigneten Schwimmlehrern mangelt, während an der Mädchen-Volksschule solche vorhanden sind. Es wurde demnach noch Stellung zu den Elternratswahlen genommen und festgestellt, daß am 3. Juni die nächste Elternversammlung stattfinden soll.

Kuriositäten. Auch in diesem Jahre werden wieder die bestimmten Kuriositäten gegeben, wovon das erste am Donnerstag, den 22. Mai, ab 8 Uhr, als Promenaden-Konzert auf dem Marktplatz stattfindet, ausgeführt vom Tonmeister-Orchester, Dir. Kapellmeister C. Diermeyer: 1. Er wagt der Sonne nicht, Marsch von Kayser, 2. Duett zur Oper „Der Freischütz“ von Weber, 3. Ganz allerhöchster, Walzer von Waldteufel, 4. Aufzug der Meistersinger aus „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Wagner, 5. Wanderlied (Abschluss) nach „Königssee“ von Schumann, 6. Jalousienlied, Rittersliedchen u. Schilber, 7. Fantasie aus der Oper „Le Tancrède“ von Verdi, 8. Treue Waffengefährten, Marsch von Klautenberg.

Die Elternratswahlen finden am 22. Juni statt. Die ersten Elternversammlungen haben in aller Stille stattgefunden. Mit Ende dieser Woche und zwar am 25. Mai bis 7. Juni müssen in allen Schulen die Wählerlisten zur öffentlichen Einsicht offen liegen. Die gegläubten festgelegten zweiten Elternversammlungen sollen nun im Laufe der nächsten Woche stattfinden, die Wahlbestimmungen zu lesen. Spätestens bis zum 12. Juni müssen an den Wahlort die Kandidatenlisten eingereicht sein, die mindestens fünf Namen enthalten müssen als Mitglieder des Elternrats zu wählen sind; sie müssen mindestens 20 Unterschriften tragen. Die Zahl der Elternbeiträge an den verschiedenen Volksschulen richtet sich nach der Zahl der Schüler. Es kommen auf je 50 Schüler ein Beitragsmitglied. Nach dem Stand der Schüler vom 1. Mai dieses Jahres müssen demnach in der Knaben-Volksschule 15, in der Mädchen-Volksschule 16 und in Halberode 8 Elternbeiträge gemäßigt werden. Die Veröffentlichung der Kandidatenlisten (durch Antrag in der Schule gemacht) muß bis spätestens am 14. Juni erfolgt sein. Bei der am Juni 1928 vorgenommene Wahl arbeiteten die Arbeiterpartei 23 und die „Bürgerlichen“ 14 Beiräte.

Es sind Bestimmungen im Gange, um eine Wahl auszuschließen, eine Einheitsliste aufzustellen. Wenn die Gegenstände den Besitzstand der Betreffenden der Arbeiterpartei garantiert, so wie ihn die Wahl 1928 gezeigt hat, dürfte gegen eine Veränderung auf dieser Basis wohl nichts einzuwenden sein. Im anderen Falle muß der Wahlkampf mit aller Schärfe durchgeführt werden. — Um die Elternschaft über die Wichtigkeit der Elternratswahlen aufzuklären, wird am Montag, dem 26. Mai, im Gewerkschaftshaus eine Versammlung abgehalten, in der die Statuten der Arbeiterpartei in der Sache der Arbeiterpartei ausführlich besprochen werden. Es ist Pflicht aller Eltern unserer schulpflichtigen Jugend reiflich diese Versammlung zu besuchen.

Kreis Bernigerode.

Allen-Darlingeode, 22. Mai. Elternratswahl. Heute Donnerstag, 20. Mai, findet in der Schule zu Allende eine vorbereitende Versammlung beim Beiratsmobilen statt. Alle Vätereltern müssen kommen.

Aus Halberstadt.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Die Ome Mitteldeutschland und Sachsen des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter veranstalten zu Pfingsten in Halberstadt ein großes Jugendtreffen. In Verbindung damit soll während der Pfingsttage eine Harzwanderung nach dem Broden und Riefeland unternommen werden. Für die Nacht vom Pfingstsonntag zum Sonntag werden noch einige Quartiere benötigt. Vertriebsstellen, Gemeindefesttag, und Reichsbannerkameraden, welche es irgend ermöglichen können, werden gebeten, ein Quartier zur Verfügung zu stellen.



Sieh Deine Zeitung, die „Harzer Volksstimme“. Der Internationale Frauentag bietet die beste Gelegenheit, für die sozialdemokratische Zeitung, Dein Blatt zu werben.

Blindenkonkurs im Stadtpark. Am Mittwoch haben Ellen Probst (Sopran), Gustav Probst (Violine) und Leonore Müller (Klavier) im kleinen Stadtpark ein Konzert, das sich durch eine gutgemählte Portraitsfolge auszeichnete. Das Publikum nahm alle Darbietungen recht dankbar an. Ellen Probst, die im zweiten Teile Brahmslieder sang, bot die Arie aus der Oper „Ari e Bastore“ von Mozart unter Ausnutzung ihrer stimmlichen Fähigkeiten. Ihr Vortrag war unausgesprochen und schicklich. Sie sang noch „Der Sirt auf dem See“ von Schubert mit obligater Violine. Sehr ansprechend klangierte auch Gustav Probst, der die vierstimmige Sonate in G-Moll von Beethoven mit viel Gefühl und großer Schlichtheit spielte. Die Pianistin Leonore Müller tam mit Beethoven von Mozart, Schumann und Bachmannoff. Ohne Zweifel ließen die Leistungen der Konzerte erkennen, daß viel Fleiß, Energie und Liebe zur Sache aufgewendet werden mußte, ehe das Niveau des geführten Konzerts — von dem wir nur den ersten Teil der Portraitsfolge hörten — erreicht wurde.

Zusammenloß. Auf der Wilhelmsstraße hielten gestern nachmittags ein Motorrad und ein Auto zusammen. Der Führer des Motorrades trug einen Unterhosenbruch davon und mußte dem hiesigen Krankenhaus zugeführt werden. Die beiden Fahrzeuge mußten abgehängt werden.

Mädch. Wechselstellenhändler! In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, das sogenannte Wechselstellenhändler in irgend ein Geschäft kommen, für wenig Geld etwas kaufen und mit einem großen Schen bezahlen. Während der Verkäufer noch das Geld auszahlt, wird seine Aufmerksamkeit von dem Geld durch den Schmiedler dadurch abgelenkt, daß er nach einem neuen Gegenstand befragt. Inzwischen hat der Schmiedler nicht nur das herausgegeben Geld, sondern auch den auf dem Tisch noch liegenden Schen wieder eingekippt. Die Geschäftsinhaber seien deshalb bei Wechselgeschäften sehr auf der Hut.

Vor dem Richter. An einer unehelichen Weife hat sich der Angeklagte M. aus Bernigerode am 2. Weifingsfesttag in A. Is. verunglückt. Er beschäftigte anbauend ein nach Haus gehendes junges Mädchen, trotzdem sie sich die Befähigungen entgegen verbat. Als er merkte, daß er nicht zum Ziel gelangte, schlug er vor Mut das hilflose Mädchen derart ins Gesicht, daß es zu Boden stürzte. Das Bernigeröder Amtsgericht hat den jungen Mann dafür zu insgesamt 90 M. Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft war aber der Ansicht, daß das keine Sühne für die Tat sei und hatte daher Berufung eingelegt. Dem Angeklagten hat nun zwar die Tat, zu der er unter Einfluß des Alkohols gekommen sein will, sehr aber die Halberstädter seine Strafmaßnahme hielt es doch für erforderlich, die Strafe auf 200 M. zu erhöhen. — Eine schlesische Eisenfeier feierte der jugendliche F. B. heute in der letzten Eisenfeier einen leichten Zusammenstoß mit anderen jungen Burgen, wobei er ohne ersichtlichen Grund das Messer zog und einen seiner Gegner einige Messerstücke verletzte. Das hatte ihm eine Verurteilung zu 6 Monaten Gefängnis eingebracht, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Aber das Gericht war der Meinung, daß Messerfeiern streng geübt werden müssen und wies die Berufung zurück. — Einen recht üblen Scherz hatten sich eines Abends die Söhne der Pflegherrmeister S. und W. erlaubt. Sie hatten ein vor einer Wirtschaft liegendes Auto gefahren und waren damit nach Elberode gefahren. Dort fuhren sie gegen einen Baum, wodurch das Auto vollständig zertrümmert wurde. Der Besitzer des Kraftwagens ist dadurch seiner Effizienz beraubt worden. Bisher ist ihm kein Befrag von dem Schaden erreicht worden. Die Liebhaber haben sich durch ein einfaches Mittel davon geschützt, sie leisteten den Offenern bezeugen. Dagegen war der so schmerzhafte Schaden. Am Straßenverlauf änderten sie jedoch ihre Taktik. Sie waren nämlich wegen Diebstahls jeber zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Jetzt auf einmal haben die Eltern lo gutgebende Gefühle, daß die Herren Söhne ohne weiteres eine Geldstrafe bezahlen könnten. Es ist ja auch etwas anderes, wenn man ins Gefängnis fällt, als wenn man einem armen Schüler seinen Schaden ersetzen soll. Das Gericht hat ihnen aber den Gefallen nicht, sondern ließ es bei der Gefängnisstrafe.

Der Geizhals.

Roman von Robert M. J.

Copyright by Martin Feuchtmann, Halle (Saale).

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Willst du nicht auch selber laden?“

„Es wäre nicht, damit die Bekleidungen hier aufhört. Abermals bin ich durchaus nicht zum Scherzen ausgelegt.“

„Ich auch nicht“, rief Frau Charlotte kurz. „Nun will ich dir etwas sagen, Katenbach; mit mir mußt du so etwas nicht probieren. Aber das sehe ich schon; ich halte ganz recht, als ich mir das Wirtschaftsgeld kontraktlich ausmachte. Du bist schon so verzogen, mein Lieber, daß man bei dir alles schriftlich haben muß.“

„Sahst ich nicht, daß ich mich darum kümmern?“

„Nun, das wird sich finden. Abermals können wir uns darüber ein andermal unterhalten“, sagte Frau Charlotte ruhig.

„Doch will ich zu paten anfangen.“

„Was ist dir hübsch bleiben lassen! Wenn du nach Italien willst, mußt du schon gültig selbst deinen Beutel aufmachen!“ rief er spöttlich. „Freilich, das paßt dir nicht, das fällt dir gar nicht ein. Wenn also einer von uns beiden gehen will, bist du es — nicht ich!“

„Aber Katenbach, die paar Mark machen doch den Rohst nicht fett.“

„Die brauche ich für mich, als Katenbach.“

„Katenbach bist du verblüfft an.“

„Was? Was heißt das?“

„Nun — sechszigtausend Mark zu vier Prozent — macht im Monat gerade zwanzigtausend Mark.“

„Du scherzest doch bloß?“ stammelte er erschrocken. „Du meinst doch sechszigtausend Mark Zinsen?“

„Nein“, sagte sie gelassen. „Das ist mein ganzes Vermögen!“

„Und die Millionen — Mister Seymour's Millionen?“ schrie der Reiter außer sich. Das Herz drohte ihm stillzustehen in lächelndem Schreck.

„Mein Gott“, sagte Charlotte fastlaut, „das kann dir doch höchst gleichgültig sein! Deshalb höst du mich doch nicht gehorchen! Du hast mir wenigstens verschert —“

„Das Vermögen? Wo ist das Vermögen?“

„Das ist einfach! Der große Kupfertrach hat es verschlungen.“

„Kupfertrach?“ stammelte Herr Katenbach verwirrt und verblüfft.

„So — Mister Seymour war einer der Hauptmacher im Kupfertrach. Aus dem großen Bankrott habe ich nur meine Schuld (schon und perfidischen Erparnisse) gerettet, die auf meinem Konto bei einer Bank deponiert waren — im ganzen etwa fünfzehntausend Dollar.“

Katenbach fuhr sich in die Haare. Betrogen war er — elend hinteres Licht geführt! Er rief wie ein Wahnsinniger im Zimmer umher, während er wild schrie:

„Sie hat mich betrogen! Betrogen hat sie mich! Sie hat kein Vermögen, die Betrügerin!“

Frau Charlotte erhob sich von ihrem Stuhl und schaute ihn ruhig und fest an.

„Mir scheint, du bist wahnsinnig? Ich rede dir, dich zu mäßen, sonst laufen die Dienthablen zusammen, die wohlmeinlich schon an die Wirtschaftlichen borden.“

„Sie trat nicht an ihn heran und fuhr mit gedämpfter Stimme fort: „Wenn du mich bloß deswegen gehetzt hast, bist du allerdings betrogen — von dir selber und deiner wahnsinnigen Geldgier. Ich habe dir ausdrücklich gesagt, daß mein Vermögen nur klein ist, daß du es nicht überschätzen sollst, da ich nicht reich bin. Wenn du das nicht für bare Münze nimmst, hast du dich selbst betrogen.“

„Aber ich verstehe nicht, was du mir sagst“, sagte er verwirrt. „Ich schritt auf die Tür hinaus Boudiers zu — und da ich noch paten muß, wenn wir morgen reisen wollen.“

„Nach Italien willst du? Habst du nicht nach Italien!“ rief Katenbach wütend, indem er in den Weg verstellte.

„Vorläufig möchte ich nur auf mein Zimmer; und ich erlaube dich freundlichst, mich den Weg freizugeben.“

„Du bleibst, so lange ich mit dir zu reden habe!“ schrie er in voller Wut an. „Ich rede in dem Ton mit dir, der dir gehört. Überhaupt wirst du jetzt die Stellung einnehmen, die ich dir anwies.“

„Du wirst dich mir fügen und unterwerfen.“

„Mir scheint, mein Lieber, du bist übergeschnappt.“

„Warte, ich will dir zeigen, daß ich meine fünf Sinne beisammen habe! Auch dein Vermögen wirst du mir sofort ausbezahlen; die Bücher, die Schränke, alles, alles! Ich werde es fortan mit dem meinen verwalten.“

„Ich denke nicht daran! Und jetzt gehe mir endlich aus dem Wege!“

Mit einer leisen Bewegung wollte sie ihn beiseiteschieben, aber Katenbach packte sie mit der linken am Handgelenk.

„Du — du —“ schrie er wütend, seine rechte Hand erhebend, als wolle er sie schlagen.

Sie noch ihn mit einem stolzen, stummenden Blick.

„Warte — und ich verlaßte auf der Stelle dein Haus!“

„Geh nur, geh! Das ist mir recht! Du kannst dann gleich die Scheidungsgelbe einreichen.“

„Wenn du dich ergeben lassen willst — gut!“ sagte Frau Charlotte kühl. „Die Sympathie und Freundschaft und Achtung für mich; das war ja doch alles nur eine große Lüge. Mein Geld wollest du, und es geschickst dir ganz recht, daß die Wahrheit siehst. Wenn du die Scheidung willst, wirst du mich subventionieren oder mir einen Teil meines Vermögens abtreten müssen.“

„Ach, denn willst du ein?“

„Nun, dann willst du ein?“ sagte Katenbach spöttlich in ruhigem, höflichem Ton. „Ach, sich mal an! Darauf laßt's hinaus! Nein, meine Liebe, du wirst bei mir bleiben, aber du wirst dich mir fügen! Nur heute an bin ich hier wieder der Herr; meine Befehle gelten allein, und mehr dir, wenn du es magst, mir zu widersprechen!“

Sie zuckte statt der Antwort spöttlich die Achseln, was seine Wut nur noch vermehrte. Da er es aber nicht wagte, sie an ihr persönlich auszulassen, ergab er in blindem Zorn eine Kaffeekanne und schmetterte sie zu Boden, daß sie in Stücke zerbrach. „Einen Augenblick bleib Frau Charlotte still. Denn sagst sie entschlossen.“

„Ach, du willst deinen Kaffee auf der Erde trinken?“

„Warte, ich will dir befehlen.“

Und mit stümmem Schwünge zog sie das Stüchlein mit allem was darauf stand, zu Boden. Mit einem wahren Donnergeras zerbrach das kleine Geschir in laufend Splitter.

Verdutzt starrte Herr Katenbach bald sie bald die Belagerung auf dem Boden an. Aber es schien das richtige Rezept zu sein, denn sein Zorn war plötzlich verstaubt. Ganz getrickelt kam er in einen Stuhl.

„Mein schönes Meißener Service! Oh, dieses Weib!“ murrte er wütend vor sich hin.

„So — und jetzt will ich paten geben“, sagte die stolze Dame in ruhig, als ob nichts Besonderes vorgefallen sei. An der Tür wandte sie sich noch einmal um. „Nur möchte ich wissen, ob du mich begleitest oder hierbleibst.“

„Ich verlaßte es dir... ich verlaßte dich wegen böswilligen Betrübens.“

„Nun wird dich auslachen. Bis dahin bin ich längst wieder dahier bei meinem lieben Mann.“

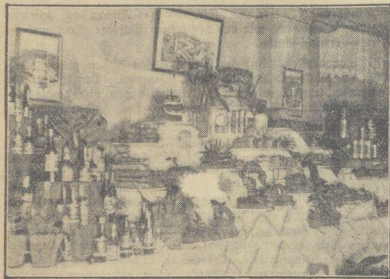
„Aber ich gebe dir kein Geld! Haha! Dann reise einmal!“ rief er höhnlich.

(Fortsetzung folgt.)

Advertisement text on the left edge of the page, partially obscured.

Bilder von der Waren Ausstellung der Konsumgenossenschaft.

Rüchzig veranstaltete die Konsum- und Spargenossenschaft Halberstadt im Gewerkschaftshaus eine Waren-Spektakelausstellung, die in ihrer Ausdehnung geradezu vorbildlich war. Deshalb führt sie durch die zu einem Besagang am Sonntag erschienenen Verkäufer und Verkäuferinnen der Konsumgenossenschaften des Nordharzgebietes eine besondere Beachtung. Auch die anwesenden Fachleute sprachen sich recht günstig über die Ausstellung aus, weil sie dem Laien und vor allen den Frauen ein klares Bild über die Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaft gab. Besonders Interesse erweckte die



Ausstellung der Fleisch- und Wurstwaren.

Neben Erzeugnissen der hiesigen Konsum-Fleischerei fanden Wurst- und Fleischwaren der größten deutschen Fleischwarenfabrik, der GEB-Gleiserei in Oldenburg, zur Schau. Die Vielfaltigkeit des Ausgestellten — von der einfachsten bis zur feinsten Ware bei äußerst günstigen Preisen — übertraf alle Besucher. Daß die GEB-Verleiter eines solchen Millionenunternehmens mit so großen Leistungen ist, läßt eine große propagandistische Wirkung aus. Vor allem aber merkte man, daß die einzelnen Warenabteilungen der Genossenschaften mit sachkundigen Personal besetzt sind, die den Wünschen des Publikums in jeder Weise entgegenkommen können. Zur weiteren Schulung des Personals der Konsumvereine im Nordharzgebiet war ja auch der reichhaltige Kursus veranstaltet worden.

Zußer der reichhaltigen Ausstellung der Kolonialwaren und Konfitüren war noch eine



Ausstellung von Bäck- und Konditorenwaren

veranstaltet worden. Jedes Erzeugnis trug einen Preiszettel, so daß der Ausstellungsbesucher Berechtigten anstellen konnte mit Waren aus anderen Geschäften. Mehrere Sorten Brot und Backwaren und Konditorenwaren waren vorzüglich platziert — vor von ihnen schon gesehen hat, weiß sie besonders zu schätzen — und luden den Ausstellungsbesucher ein, die Bereitstellungen der Genossenschaft zu betrachten und dort die Waren zu probieren. Gerade unsere Frauen müssen mit jedem Fleiß rechnen und werden daher jeden vorzulebenden Einkauf mit Freunden begrüßen. Sicherlich wird die Waren-Ausstellung dazu beitragen haben, die Affinität in der Genossenschaftsbewegung zu erhöhen. Wenn sie weiterhin neue Anhänger der Genossenschaft zugeführt und damit zu ihrer Stärkung beitragen hat, dann ist der Zweck der Ausstellung voll und ganz erfüllt worden.

* Beteiligung der Betriebsvertretungen bei Besichtigungen durch die Gewerkschaftsbeamten. Nach einem Erlaß des Preußischen Landesministers vom 31. Mai 1929 sind die Betriebsvertretungen (Betriebsrat, Arbeiterrat, Angestelltenrat, Betriebsobmann) von den Gewerkschaftsbeamten an den Betriebsbesichtigungen und Besprechungen zu beteiligen. Wie der Minister die Besichtigungen durch den Minister für Handel und Gewerbe veranstaltet, ließ sich der Minister für Handel und Gewerbe veranlassen, zur wirksamen Durchführung des Arbeiterinteresses unter Bezugnahme auf den vorstehend erwähnten Erlaß darauf hinzuweisen, daß die Betriebsvertretungen nicht nur bei der Nachprüfung von Besichtigungen, sondern grundsätzlich bei allen Betriebsbesichtigungen, die von den Gewerkschaftsbeamten vorgenommen werden, zu beteiligen sind. Nur bei einer solchen Beteiligung der Gewerkschaftsbeamten mit den Betriebsvertretungen ist die Möglichkeit gegeben, daß die Betriebsvertretungen die ihnen nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes obliegenden Aufgaben zweckmäßig erfüllen können. Der Handelsminister erwartet von den Gewerkschaftsbeamten, daß sie die Betriebsbesichtigungen dazu benutzen, die Betriebsvertretungen anhand ihrer Erfahrungen Kenntnisse und über die Unfall- und Gesundheitsverhältnisse und die Mittel zu ihrer Beseitigung aufzuklären und zu unterstützen, um sie so zur Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben anzuregen und anzuleiten. Wie bereits in dem Erlaß vom 31. Mai 1929 ausgesprochen wurde, wird es im allgemeinen genügen, soweit nicht lediglich der Betriebsobmann in Frage kommt, nur den Vorstehenden oder ein von diesem beauftragtes Mitglied der Betriebsvertretungen an den Besichtigungen und Besprechungen zu beteiligen.

Öffentliche Jugendhilfe in Zahlen.

Die Statistik über das Wirken der Reichsjugendwohlfahrt wurde zum ersten Mal für das Jahr 1927 durchgeführt und gibt Aufschluß über die Jugendwohlfahrt, soweit sie durch das Wohlfahrtsgesetz vom Jahre 1922 betroffen wird. Danach werden unter öffentlicher Jugendhilfe alle behördlichen Maßnahmen verstanden, die von den Jugendämtern zur Förderung der Jugendwohlfahrt und zur Abwehr der der Jugend drohenden Gefahren ausgeübt werden. Nach der letzten Zählung gab es im Deutschen Reich 1202 Jugendämter, darunter 273 städtische, 760 ländliche und 169 Gemeinde-Jugendämter. Auf die einzelnen Staaten verteilen sich die Jugendämter folgendermaßen: Preußen 720, Bayern 224, Württemberg 58, Baden 56, Thüringen 26, Oldenburg 24, Hessen 23, Mecklenburg-Schwerin 14, Mecklenburg-Strelitz 14, Anhalt 11, Lippe 10, Schaumburg-Lippe 4, Hamburg 3, Bremen 3, Waldeck 3. Die Tätigkeit der Jugendämter erstreckt sich auf den Schutz der Pflegekinder, auf die Amtsvormundschaft und auf die Schulaufsicht, Fürsorgeerziehung und Jugendberichterstattung. Unter Fürsorgeerziehung sind nicht weniger als 444.500 Kinder und Jugendliche, das sind 8,8 auf 1000 Einwohner. Im Laufe des Berichtsjahres waren 79.000 Kinder ausgeföhrt. Als solche Pflegekinder gelten im allgemeinen Kinder unter 14 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig in fremder Pflege befinden. Sie unterliegen der Aufsicht des Jugendamtes, und ohne Erlaubnis dieses Amtes können Kinder nicht in Pflege genommen werden. Bei einer sehr großen Zahl von Kindern handelt es sich nicht um eigentliche Pflegekinder, sondern um uneheliche Kinder, die unter der Aufsicht des Jugendamtes stehen und bei der Mutter leben. Es waren das 53 Prozent der Pflegekinder.

Auf Grund des Gesetzes wird für jedes neu geborene uneheliche Kind ohne weiteres und ohne Rücksicht auf dessen Hilfsbedürftigkeit die Amtsvormundschaft eingeleitet. Amtsvormund ist das Jugendamt des Geburtsortes. Auf besonderen Antrag und mit Einverständnis des Jugendamtes kann amtliche Amtsvormundschaft ein besonderer Amtsvormund für eheliche Kinder bestellt werden, die nicht unter elterlicher Gewalt stehen, oder deren Eltern die Betreuungsbefugnis entzogen ist. Durch die Schaffung der Amtsvormundschaft für alle neu geborenen unehelichen Kinder ist, wie die Zeitschrift „Recht und Statistik“ feststellt, die Zahl der Amtsvormundfälle gestiegen. Sie betrug im Jahre 1911 etwa 75.000, im Jahre 1924 vor dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz bis auf 250.000 und betrug im März 1928 bereits 563.000.

Das dritte Aufgabengebiet betrifft die Schulaufsicht und die Fürsorgeerziehung. Die Zahl der unter Schulaufsicht stehenden Minderjährigen betrug 58.032, darunter waren 35.350 Knaben und 22.682 Mädchen. Ehelicher Geburt waren 51.894 Schulpflichtige, das sind mehr als 87 Prozent. 7.638 waren unehelicher Abstammung, also kaum 13 Prozent; 19.550 Minderjährige waren im Laufe des Jahres unter Schulaufsicht genommen worden, 12.368 schieden aus, darunter 2.876 Jugendliche, die in Fürsorgeerziehung genommen wurden. Insgesamt wurde in 1.702 Fällen vom Antrag der Jugendämter auf Überweisung in Fürsorgeerziehung festgelegt. In 1.908 Fällen dagegen erfolgte Ablehnung des Antrages. Bei straffällig gemordeten Jugendlichen erstellten die Jugendämter in 48.477 Fällen (zum Teil in engem Zusammenhang mit der privaten Jugendhilfe) juristischen Beistand.

Die Statistik, die einen ersten Versuch darstellt, die Organisation und Tätigkeit der Jugendwohlfahrtsbehörden zu erfassen und die sich zunächst auf die Hauptaufgaben beschränken mußte, zeigt deutlich das fortschreitende Wachstum der Tätigkeit der Jugendwohlfahrtsämter. An die Zahl der Pflegekinder, sondern auch in Bezug auf neue Aufgaben betreten. Um auch diese neuen Aufgabengebiete der Jugendwohlfahrtsämter zu erfassen, wird die Statistik über die Entwicklung der Jugendämter noch weiter ausgebaut werden.

Arbeitereltern!

Besucht die vorbereitenden Eltern-Versammlungen zur Elternratswahl!

Zeigt mehr Interesse für die Schule Eurer Kinder!

* Die Sargleder Werke, ein beliebtes Ausflugslokal im Huz, ist renoviert. Am heutigen Abendgebet wird der Befehl hieron Kenntnis und ladet zum Besuch ein. Wir bitten das Institut zu beachten.

* Kraftspinnerei Halberstadt-Rohrheim. Während der Dauer der Streiksperrungen ist die Mittagsjahrt (Montag, Mittwoch und Freitag) zwischen Wittenberg und Rohrheim eingestellt worden.

* Zur Frage der Aussteuerung frankensprecherischer Kriegesbedingter. Das Reichsversicherungsamt füllte am 14. November 1929 folgende grundsätzliche Entscheidung: Bei Fortleben der Befähigungsbedürftigkeit oder der Arbeitsunfähigkeit über die gesetzlich festgesetzte Dauer der Renteleistungen hinaus stellt das Syndikat einen neuen Entzantung zur bisherigen Krankheit aus dann können neuen Versicherungsfall dar, wenn die zuerst in Erziehung geordnete Krankheit für unfähig die Befähigungsbedürftigkeit, auf einem als Dienstbeschädigung anerkannten Schaden beruht. (Ha 8. 439/29). Mit dieser Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes können die Kriegesbedingten sich teinesfalls einer anderen Erklärung. Der Bundesrat hat das Reichsbescheid der Kriegesbedingten nicht verurteilt, die Rechtsaufstellung zu Fall zu bringen. Auch werden wir bei einer Gesetzesänderung der Reichsversicherungsordnung auf Wänderung dieser gesetzlichen Vorschriften in einem uns günstigen Sinne dringen.

* Fortsetzung der Sozialversicherung für Gefangene. Einem umfangreichen Erlaß des Preussischen Justizministers entnehmen wir folgende Angaben: Für die Sozialversicherung ist es von besonderer Bedeutung, daß den Gefangenen die Sozialversicherung während der Haft erhalten bleibt, soweit dies gesetzlich möglich ist. Die Gefangenen unterliegen, da zwischen ihnen und dem Staat kein Arbeitsvertrag besteht, sie vielmehr auf Grund

öffentlich-rechtlicher Bestimmungen zur Arbeit herangezogen werden, nicht dem Versicherungsange. Nach den gesetzlichen Bestimmungen würden daher bei entsprechend langer Haftdauer die Anwartschaften aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Pensionsversicherung verloren gehen, wenn während der Haft nicht die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Schritte getan werden. Die Gefangenen sind über diese Bestimmungen oft nicht unterrichtet. Sie zeigen vielfach auch an der Aufrechterhaltung der Anwartschaft kein Interesse, widersprechen sogar hinsichtlich den erforderlichen Maßnahmen, da die Zahlung der Beiträge aus der Arbeitslosenernte erfolgt, wodurch die Gefangenen hinsichtlich der Verwendung des Hausgeldes beschränkt werden, während die Vorteile aus der Versicherung meist erst lange Zeit nach der Entlassung (bei Eintritt der Invalidität) in Erscheinung treten. Um so mehr ist es Pflicht der Anwartschaftsbeamten, auf die Erhaltung der Rechte sorgfältig Bedacht zu nehmen. Es folgt hierauf eine ausführliche Darstellung der Möglichkeiten, die sich für den Gefangenen aus der Invalidenversicherung, der Angestellten- und der Knappschaftsversicherung ergeben. Die einzelnen Bestimmungen können in Nr. 20 des Justizministerialratsblatts eingesehen werden.

Der Geisterzug.

Ein Spiel in drei Akten von Arnold Ridley im Halberstädter Stadttheater.

Auf einer gottverlassenen Eisenbahnstrecke an der Grenze zwischen Kanada und U.S.A. wo sich Hofen und Flüsse Gute Nacht folgen, wo der nasse und der trockene Kontinent aneinanderstoßen, hat plötzlich, ganz unerwartet, ein Eisenbahnzug. Irgend ein Fahrgast hatte, als er während der nächtlichen Reise aus dem Fenster hinausguckte, seinen Hut verloren und die Rotkrempe gelassen. Durch diese Veranlassung hat der Zug seinen Anführer verliert. Und die Fahrgäste sind nun neuwählig das Gottesgessen. Der Zug kommt heranzurücken, Eigentümlich sollte es nicht, denn der Stationsvorsteher wachte den Boden inspizieren und mit seinem Rabe nach Hause fahren. Irgend ein Hotel oder sonst die Möglichkeit einer Unterkunft besteht nicht. Die nächste Farm ist angeblich fünf Meilen entfernt. Sogar der Stationsvorsteher. Und draußen heult der Wind und gießt es wie mit Säulen. Aber der Stationsvorsteher meint, daß es in dem Umkreis unter ihm besser sei, als hier nadis auf der Station, wo sich zur Geisterstunde immer ein Wollschichtsauber entfalte. Wisse Saden hätten sich ereignet. Wenn alles schlafe, komme der Geisterzug durch die Station getrieben und mer den Führer auf der Vorformose erwidert, ein Kind des Todes. Der kühnen Befehl, einem jungen Paar auf der Hochzeitsreise und einem älteren, weniger glücklichen sowie einer alten ängstlichen Witwe, wird unheimlich samte. Sie würden nach allem, was sie an unheimlichen Ereignissen jenseits vor dem Gitterfenster des Geisterzuges erlebt haben, gern die unglückliche Witwe verlassen. Aber der kleine Widder, den niemand ernst nimmt, will nicht. Auch die freundlichen Zuforderungen und Einladungen prominenter Persönlichkeiten fruchten nichts. Er will absolut den Geisterzug sehen. Ränge machen gilt nicht. Eine Minute der Anstalt erweist sich als Gottesgessen. Der Zug kommt heranzurücken. Unheimliche Beschaffen zeigen sich. Eine Dame wird plötzlich finmig und bricht zusammen. Unerklärliches Phänomen. Lieberdiesige Kräfte! sagt der Arzt. Die schreckliche Dame wird wieder lebendig. Der „tote“ Stationsvorsteher, der man in einem Seitenloge aufgebahrt hat, ist plötzlich wieder verschwunden, obgleich nirgends ein Ausgang ist. Ein toller Regenabsturz, gemindert durch die blauen Bemerkungen des Halbbummen, dem sein Hut fortgefallen und der die Rotkrempe gezogen hat. Bangsam wird man gemahnt, daß der Dumme eigentlich der Rabe ist, denn er entfällt schließlich den „Geisterzug“.

Das lag es aber nicht. Wer das wissen will, lese sich die Niederhaltung an.

Hans Herßig gab den Entwürfer, der sich kaum stellt, außerordentlich launig. Herßig hat der Stationsvorsteher und das jüngste Mitglied des Stadtrates, Pia Wöhler gab die alte Schachtel. William Wedek als Spielteiler ließ alle Mimen humorvollen Grauens springen.

Das Publikum ließ sich von dieser tüftigen Gespelnerstunde gern überraschen. A. M.

„Das tägliche Brot.“

Wir beginnen den Bericht mit dem Auslaut des Romans „Das tägliche Brot“ von Clara Biebig. Die Dichterin ist 1869 geboren und lebte bis zum Juni ihr 70. Lebensjahr. Sie begann mit dem „Künder der Gleich“ und erweist sich mit ihrem Dienstmädchenroman „Das tägliche Brot“ eine achtsamer Höhe lachlicher und künstlerischer Leistung im Rahmen des Naturalismus. Sie hielt diese Höhe auch mit mehreren weiteren Werken bis in den Krieg hinein, als sie „Lächler der Heister“ schrieb. Ihr bestes Werk aber ist doch „Das tägliche Brot“, ein spannender Roman, der in realistischer und psychologisch vorzüglicher Art das Schicksal zweier vom Bande nach Berlin zugewandter Dienstmädchen schildert. Der Roman verleiht uns in die Zeit der Jahrhundertwende, wo der große Auszug der Landbevölkerung zur Großstadt anbauerte; er bringt keine hübsche Romantik oder stilvolle Abenteuer, sondern eine psychologische Schilderung des Kampfes um das tägliche Brot. Das hinführende Gedicht aus der rühmlichen Landarbeiterfamilie, die ihr Mädchen nur in die Stadt „an den Dienst“ geben kam, und das Mitleid des Gemalteten der Stellenvermittlerin werden von Clara Biebig meisterhaft geschildert. Mit Spannung werden unsere Leserinnen die Geschichte von den beiden Mädchen mit ihrer wechselnden Umgebung lesen.

Mit dem Abdruck dieses wertvollen Romans bieten wir unseren Lesern einen interessanten Text und verbinden damit zugleich eine Ehrung der großen Dichterin.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater

Sam Freitag bis Montag.

Küstkaufpielhaus: Lutz Dörner in „Sindia und Sül“, Ferner: Eub Chablin in „Der Däwlsänger“, in „Hil Eddie Wolo kauft ein“, in „Alte Wirtin“, in „Mein Dinnelweil“, Sonntag nachm. 2 Uhr in der Jugend- und Familienkinotheater „Tom Fuler in „Lied der hohen Welt“ und zwei Aufführungen.

Letzte Wettermeldung.

Donnerstag, 22. Mai, mittags 1 Uhr.

Wesentlich ruhig und am Tage allgemein mäßig warmes Wetter, namentlich im Binnenlande noch fortwauernde Neigung zur Ausbildung trüger Gemitter.

oder Dispersleben die größere Auslast? Es fällt schwer, hier vor- auszugehen. Es kann möglich sein, daß bereits der kommende Sonntag eine Entscheidung in der Tabelle bringt. Das Spiel Sport- freunde Tahlje gegen Teutonia Dispersleben führt zwei harte Gegner aufeinander, die schon stets in den Meisterschafts- kämpfen scharfe Kivalen gewesen sind. Unter Leitung von Neubauer wird um 16 Uhr ein interessantes Punktspiel auf dem Ringtanger in Tahlje steigen. — Auch Wernigerode hat wohl etwas für seine Spielstellung zu fürchten. Es hat gegen Reinhold in Reinhold anzutreten. Nur unter Zuhilfenahme aller leistungsfähigen Kräfte wird es den Sieg erringen können. Anstoß um 16 Uhr unter Leitung von Berke. — Schweners leben spielt um 16 Uhr auf eigenem Platz gegen Haderfeldt. Die Turner Hornbäumen haben Eintritt nach Heimbürg zu Gaste. Auch diese beiden Spiele werden ihre Anziehungskraft nicht verlieren. — Weddersleben ist spielfrei; während Eintritt in Dierwick auf eigenem Platz ein Punktspiel gegen eine spielfähige Mannschaft aus Braunschweig austrägt. Es wird sich ein hochstehendes, spannendes Treffen abspielen. — Die Bezirksleiterzentrale (Dispersleben Nr. 505) ist Sonntags von 6 Uhr ab im Dienst. —

Handball.

Am Sonntag besteht für alle Mannschaften Spielverbot. Soweit möglich, fahren alle Handballer nach Magdeburg zum Länderspiel. Alle müssen fahren, um zu zeigen, daß die Arbeiterpartei, insbesondere die Handballspielbewegung auf der Höhe ist. Das Länderpiel muß eine große Rundgebung für die Arbeiterpartei- bewegung werden.

Notizen.

2. Kreis, 1. Bezirk, Meisterschaft zur Bezirksstufe ist der 1. Juni 1930. Außerdem müssen alle die, welche sich bereits gemeldet haben, ihre Meldung wiederholen, und zwar müssen dann die Meldungen vom Verein ausgehen unter genauer Angabe von Name, Alter und Wohnung. — Am 1. Juni findet in Quediuburg, Sportplatz Moorberg, eine Schießsicherheitsprüfung für Faust- und Trommelball statt. Sämtliche Vereine entziehen dazu einen Kräftigen. Der Kursus beginnt pünktlich 9.30 Uhr am 1. Juni. Die Sportgenossen, welche im Besitz eines Passes für obgenannte Spiele sind, müssen denselben mitbringen.

Vermischtes.

Der Pfarrer und die „Blutshande“.

Der Potsdamer Sitten-Prozess wird kaum vor Mitte nächster Woche beendet sein. So sehr sich auch die Staatsanwaltschaft bemüht, die Entlassungszeugen in die Enge zu treiben, so verzieht sich das Bild doch mehr und mehr zu Gunsten des Angeklagten Frenzel.

In der Dienstag-Sitzung kam es wieder zu scharfen Zusammen- stößen zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung bzw. dem Gremium der Sachverständigen (einer der Verteidiger ist der aus dem Wolhmer-Prozess bekannte Justizrat Josephsch, einer der Sachverständigen Magnus Gierisch). Dem Antrag zu dem Zusammenstoß bildet regelmäßig die Prüfung der Glaubwürdigkeit der Hauptfesselungszeugen — Gertrud Frenzel — eine Prüfung, die mehr und mehr zur Erschütterung dieser Glaubwürdigkeit führt und zu dem Ergebnis, daß das junge Mädchen zwar keine bewusste Lügnerin, aber doch hochgradig hysterisch ist. Die ganze übrige Familie Frenzel legt gegen Gertrud aus. Väter der Bruder, noch die Frau, noch die Tochter Else, noch der Sohn Arthur des Ange- klagten können sich erklären, wie Gertrud zu der belästigenden Aus- sage kommt, daß sie von ihrem ersten Lebensjahre an von ihrem Vater gezwungen worden ist. Sie haben alle nur die Geträumung, Gertrud sei inwändlich „verrückt“ geworden, „hölde“ und „pö- rreligstem“ Wahn befallen. Und sie haben alle nur einen Satz:

den Haß auf die Patresfamilie.

die, wie nunmehr gerichtsunfähig feststeht, Gertrud ihrem Eltern- haß gemächlich und planmäßig entzweit hat. Gertruds Schme- rer Else erzählt in beeindruckenden Worten, wie sie die vom Pfar- rer entführte Gertrud einmal besuchen wollte: der Pfarrer, sagt Else, habe die beiden Schwestern nicht miteinander sprechen lassen. Und Arthur spricht darüber, wie der Herr Pfarrer am Muttertag in Gertruds Anwesenheit

in der Kirche predigte:

„Die Kinder sollen immer an ihre Mutter denken; allerdings gibt es verschiedene Mütter, die das gar nicht wert sind.“ Nach dieser Be- deutung verlangt sich der Oberhirt von Bornim mit einer lehren- lähmen Erklärung herauszureden, es genüge ihm nicht.

Sehr interessant gestaltet sich die Vernehmung einer Zimmervermieterin aus Friesenwalde.

bei der Familie Frenzel verhörendlich in ihren Sommerferien genoscht hatte. Gertrud hat in allen Einzelheiten eine Szene ge- schildert, in der eines Nachts, genau um 12 Uhr, ihr Vater in ihr Bett gekommen ist und sie zum ersten Male vergewaltigt hätte. Ger- trud, die damals erst Jahre alt gewesen ist, schildert nun, wie, wenn Gertrud erwacht die Zimmervermieterin, erwidert, mit einem Blick in der Hand, die Tür geöffnet habe. Die Zimmervermieterin wird vernommen. Der Gerichtshof erwartet in fieberhafter Spannung die Antwort. Er lautet: „Ich kann mich nicht erinnern, diese Szene je erlebt zu haben. Hätte ich sie erlebt, so wäre sie mir selbstverständlich im Gedächtnis geblieben.“

Emil Frenzel, der Bruder des Angeklagten, behauptet, daß Ger- trud in einem vollkommenen Hörigkeitsverhältnis zu der viel auf- gefällteren Hölde gestanden hätte. Es ist Tatsache, daß dieses Hörig- keitsverhältnis auch praktisch existenz bestand. Hölde gibt das alles zu, Gertrud hat. „Warum aber“, will der Vorleser außerdem von dem Zeugen Emil Frenzel wissen, „hat Hölde denn erst selbst ihren Vater durch die Wände, um ihn geschändet werden zu las- sen?“ Emil Frenzel gibt die nicht ganz unpassende Erklärung, daß Hölde zu der gemeinen und schändlichen Denunziation gekommen wäre, um überhaupt erst einmal von zu Hause weg zu kommen; sie fürchte sich nicht wohl in Bornim. Später habe sie dann das Gewissen gelöst, und deshalb habe sie widerrufen.

Hölde erzählt einem im Privatgespräch: „Gertrud hat sich mit ihren Augen brennen, hat wohl auch Angst vor dem Pfarrer und kann nicht mehr jurist.“ In Wirklichkeit ist die Sache viel tra- gischer:

Gertrud glaubt jenseitig an das, was sie sagt.

Glücklicher Hirt nach America. Wolf Hirt, der bekannte deutsche Bleistiftler und Gewinner des Hindenburg-Pokals, wird in den nächsten Wochen nach America reisen, um dort das ameri- kanische Bleistiftgewerbe zu organisieren und auszubauen. Zuerst- den will Hirt Refektorien besuchen.

Sitte-Denkmal im „Waldweg“. Am 9. August, dem Todestag Heinrich Heines, wird eine in Österreich eine Postkarte am Reichstag in Berlin d. ein Denkmal erhalten. Da das Denkmal auf drei Seiten von Mischelornern umgeben ist, wird die Erinnerungsfähigkeit durchaus in seinem „Waldweg“ gelegen sein.

Das Flugzeug des kleinen Mannes



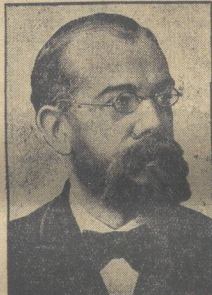
Der Konstrukteur Goldstein vor seinem selbstgebaute Kleinflug- zeug.

Ein Kleinflugzeug, dessen Preis nicht viel höher sein soll, als der für ein gutes Motorrad oder Kleinauto, hat der Dresdener Goldstein aus dem Baum- gebiet selbst gebaut. Er erziele mit diesem verhältnismäßig billigen und in der äußeren Gestalt ungemein wirkenden Flugzeug ausgezeichnete Lei- stungen, und gedent es zeit- lichmäßig herzustellen. Schöne Ausflüchte für den Verkehr!

Doppelmoder aus Heiratswut. Im Umerwald bei Steyr (Oesterreich) erhob der 22jährige Franz Sauerbeller, Sohn eines kleinen Landwirts, seine blühende Mutter und verlor sie seinen 16jährigen Anker gleichfalls durch einen Schuß sehr schwer. Das Motiv der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß die Eltern des Mäd- chens nicht ihre sofortige Zustimmung zu seiner geplanten Heirat neben wollten.

Die „Kralle“ unterm Fallbeil. Dieser Tage vollzog der schen- liche Chefhüter Deibler in Marzelle seine vierte Hinrichtung in diesem Jahre. Der Kopf eines der verurteilten Banditen der Stadt am Mittelmeer, Fritz Guiffaud, genannt die „Kralle“, fiel unter dem Fallbeil. Guiffaud hatte im vorigen Jahre den Koffer einer Bank am helllichten Tage in der Nähe der Kirche niedergeschossen und mit dem gemachten Geld die Flucht ergriffen. Wenige Minuten später konnte der Räuber gefangenommen werden. Seine Hinrichtung fand unter dem üblichen Andrang der Neugierigen bei Sonnenaufgang auf dem Platz vor d. Gefängnis statt. In dem Augenblick, als das Fallbeil niederlief, rief „die Kralle“: „Nieder mit der Kralle!“ Wenige Minuten später fuhr der Ge- fängniswagen mit der Leiche zum Friedhof.

Der Begründer der Bakteriologie.



Professor Dr. Robert Koch

vor 20 Jahren, am 27. Mai 1910, 67jährig in Baden-Baden. Durch seine Arbeiten ist er der Methodiker der bakteriologischen Forschung und gestaltete die Desinfektionslehre um. Seine Ent- deckung der Tuberkulose- und Choleraerregere, seine Untersuchun- gen über den Milchsaure und die Scharfrottheit liefen ihm Bekann- tung. 1883 ging er als Leiter der heußigen Choleraexpedition nach Ägypten und Indien, wurde 1885 Universitätsprofessor und Direc- tor des Hygienischen Instituts in Berlin, 1891 des Instituts für Infektionskrankheiten und erhielt 1905 den Nobelpreis.

28 Tote einer Eisenbahnkatastrophe. Auf der Strecke Mos- tau-Krakau fuhr auf dem russischen Bahnhof Litzerna ein Personenzug, der statt der vorgeschriebenen Stundengeschwindigkeit von 40 km eine solche von 60 hatte, in einen Güterzug. 28 Per- sonen wurden getötet, 31 schwer verletzt. Vier Wagen verbrann- ten. Viele der Verunglückten sind Kinder, die zur Erholung nach der Tataren-Republik reisten.

Hochzeitsfeier mit Autokatastrophe. Einen tragischen Vorfall hat in einem Orte in der Bretagne eine Kleinhochzeitsfeier, bei der gleichzeitig die Hochzeitsfeier eines jungen Braues, die silberne Hochzeit der Eltern der Braut und die goldene Hochzeit der Großeltern der Braut festlich begangen wurden. Die Hochzeits- gäste wurden in Bestaus zum heim befördert, einer der Wagen stieß gegen einen Baum, seine 18 Insassen wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Ein 16jähriger Brandstifter. In Kogal (Oberösterreich) brante das Annehmen eines Bauern ab; der Schaden beläuft sich auf etwa 60.000 Schilling. Als Brandstifter wurde ein 16jähriger Knabe ermittelt, der nach 48stündigem Verhör gestand, innerhalb der letzten drei Monate nicht weniger als fünf Brände in der Gegend ge- setzt zu haben. Der Junge erzählt, daß er es so gern brennen läßt und er gern das Ausruhen der Feuerwehrr beschaufeln würde.

Der Blick in der Straßenbahn. Bei einem heftigen Unwetter, das am Mittwoch nachmittags über Berlin niederging, schlug der Blitz in einem im Norden Berlins liegenden Straßenbahnwagen der Linie 17 ein. Es entstand Kurzschluß und der Wagen, der be- reits zu brennen begann, wurde fluchtartig von den Fahrgästen verlassen. Entzündungswerte ist niemand verletzt worden.

Verhandlung um die Reihberg-Klage. Das Amtsgericht 1 in Berlin befähigte sich in einer noch mehrstündiger Dauer ab- getragenen Verhandlung mit der eventuellen Aufhebung des per- sönlichen Arrestes gegen die Sängerin Elisabeth Reih- berg, deren Verhaftung in der Dresdener Staatsoper beträcht- liches Aufsehen erregt hatte. Gegen Frau Reihberg erhebt die Konzertdirektion A. Jurech Professionsansprüche in Höhe von 82.000 Mark, um die bereits seit längerer Zeit eine Reihe Prozesse geschoben. Wenn Herr Jurech auch, wie er zu Beginn der Ver- handlung mitteilte, den persönlichen Sicherheitsarrest aus eigener Willkür freimachen zurückgezogen hat, so bleibt doch nach der häufigen Art des Klägers bestehen. Frau Reihberg will den Be- weis dafür erbringen lassen, daß die Unterlegen ihres Prozeßge- gners teilweise willkürlich und falsch sind. Frau Reihberg weiß be- reits wieder in America.

Maria Orstas Testament. Maria Orsta hinterließ ein Testa- ment aus dem Jahre 1925. Die Künstlerin hat ihren Bruder und ihre Nichte zu Universalerben eingesetzt. Es heißt in dem Testa- ment weiter, daß Maria Orsta nur habe gefügt werden wollen, um den Willen zum Erben anzudrücken. Diese und ähnliche Worte des Testaments, sowie ihre letzten Worte vor ihrer Sterbe- stunde „Ich möchte Ruhe haben“ betrachtet die Staatsanwaltschaft als absoluten Beweis für Selbstmord. Auf eine Obduktion der Leiche der Künstlerin ist infolgedessen verzichtet worden.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat im Jahre 1929 rund 300 Zer- tifikate ausgeben lassen, die durchzuführen müssen. 150 Fälle betreffen ausschließlich Lohnminderungen. Der Erfolg war in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse des vergangenen Jahres betrübend für die an den Bewegungen beteiligten männlichen Personen konnte der Lohn pro Mann und Woche um 98 Pfennig, für die Frauen um 1,17 Mark je Woche erhöht werden. Die abgedruckten Tarife erstrecken sich über 286.698 Betriebe mit 1.259.687 männlichen und 765.277 weiblichen Beschäftigten. Der Verband hat zur Durchführung der Bewegungen 184.799 Mark umwenden müssen. Die Metallarbeiter haben von den Komfiraer Gen. Im Bezirk Halle ist die Aufstellung der Kandidaten für die Generalkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes jetzt durchgeführt. Der kommunistischen Partei ist es nur in einem einzigen Bezirk, wo ins- gesamt 48 Bezirke, gelungen, einen Kandidaten durchzuführen; aber auch dieser hat keine Aussicht, in der im Monat Juli stattfindenden Urwahl gewählt zu werden. Es ist fernerich ein Zeichen der Zeit, daß der Bezirk Halle, einstmals die Hoopburg der Kommunisten, auch nicht einen einzigen Kommunisten zum Verbandsrat der Metall- arbeiter delegiert.

Der Unwettbewerb der Formen in Halle ist mit einem vollen Ge- folg beendet worden. Die alten Wettbewerbs treten sofort wieder in Recht.

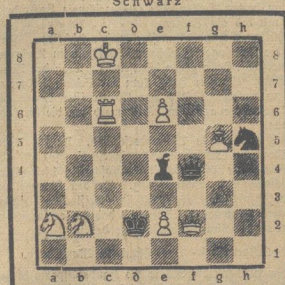
Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 21. Mai.

Table with 3 columns: 20. Mai, 21. Mai, and 22. Mai. Rows list various grain types like Weizen, Roggen, etc. with price ranges.

Schach-Gez

Rudolf L'hermet. „Newyorker Staatszeitung“, 1904. 4. Preis.



WeiB Matt in 2 Zügen

Die heutige Aufgabe zeichnet sich durch guten Schlüsselzug und interessante Abspiele aus.

Lösung zur Aufgabe von A. Klinka aus der vorletzten Nummer.

- 1. Dh4-f6! droht 2. Df6-f2# (Dh4#) 2. Sc1-b5; 2. Df6-b6# (Dc6#) 3. Sc1-a3; 2. Df6-c6# (Dc6#) 4. Td2-b4; 2. Lax-b4# (Dx-b4#)

Eine Mattwechselaufgabe im Drohsch. Das in der Set- zung folgende Matt ist in Klammern bei obigen Lösungs- zeilen angegeben. Vorzüglicher Schlüssel und gute Ver- fahrungen nebst dem Mattwechsel erhöhen den Wert der Aufgabe.

Alle Lösungen und Einblendungen sind an den Redakteur, Schach-Club Halberstadt, Gemerstraße 10, zu richten.

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Wernigerode, bei Selbstabholung 60 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Böden und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Raul Meier, O. M. B. H. Vertriebsstelle für Politik u. Wirtschaft: Kurt Moltenbaur, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Helme u. Infanterie Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restansätze 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgeschlossen ist der bei Postung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Anträge in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Volkshochschule Wernigerode 4626 und Volksbuchhandlung (Eitelgerolds) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 119

Donnerstag, den 22. Mai 1930

5. Jahrgang

Das Notopfer.

Sollen es die Leistungsfähigen oder die Festbesoldeten tragen?

Zwei Fragen waren es, an denen das Kabinett Müller zerbrach ist:

Die Arbeitslosenversicherung und das Notopfer der Leistungsfähigen.

Die beiden Fragen standen zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei erbliche Gegenläufer. Das Zentrum trat an die Seite der Deutschen Volkspartei, entschied gegen die Sozialdemokratie und trug so zum Bruch der früheren Regierungskoalition bei. Anwälten haben die Ergebnisse der Sozialdemokratie in jeder Beziehung recht gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist weit größer, als man sie im Frühjahr vorausah. Sie erfordert auch weit größere Mittel, die selbst durch Beitragserhöhung auf 4 Prozent nicht ausreichen werden und deshalb allgemeine Steuern mit notwendig machen. Damit ist auch der Standpunkt der Sozialdemokratie zu einem

Notopfer aller Leistungsfähigen.

etwa durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 10 Prozent bei allen Einkommen über 8000 Mark jährlich als richtig erwiesen.

Diese Erkenntnis gewinnt jetzt auch im Zentrum an Boden. Zwar ist anzunehmen, daß das Reichskabinett durch Uebernahme der Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt einen gewissen Leistungsbeitrag in der Angelegenheit, daß seine meiste Erhöhung weder beim Bier, noch beim Branntwein, noch beim Tabak in Frage kommt. Andere Verbrauchsgegenstände, die einen nennenswerten Ertrag bringen könnten, aber gibt es nicht. So taucht der Gedanke eines Notopfers durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer als einziger Ausweg wieder auf. Er findet natürlich bei den Regierungsparteien den besten Widerstand. Man braucht sich ja nur daran zu erinnern, daß die einzige selbständige Handlung des jetzigen Reichskanzlers Dr. Brüning in der Vergangenheit bestand hat, er habe sich die Erhebung einer direkten Steuer unter allen Umständen ab. Das ist auch der Standpunkt der Deutschen Volkspartei und der der Wirtschaftsgruppen.

Diese Mittel aber stehen im jetzigen Reichsetat nicht zur Verfügung. Sie müssen erst durch neue Steuern beschafft werden. Eine Möglichkeit, sie durch Erhöhung von Verbrauchssteuern zu gewinnen, besteht nicht. Die Verbrauchssteuern sind in der Vergangenheit, daß seine meiste Erhöhung weder beim Bier, noch beim Branntwein, noch beim Tabak in Frage kommt. Andere Verbrauchsgegenstände, die einen nennenswerten Ertrag bringen könnten, aber gibt es nicht. So taucht der Gedanke eines Notopfers durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer als einziger Ausweg wieder auf. Er findet natürlich bei den Regierungsparteien den besten Widerstand. Man braucht sich ja nur daran zu erinnern, daß die einzige selbständige Handlung des jetzigen Reichskanzlers Dr. Brüning in der Vergangenheit bestand hat, er habe sich die Erhebung einer direkten Steuer unter allen Umständen ab. Das ist auch der Standpunkt der Deutschen Volkspartei und der der Wirtschaftsgruppen.

Wenn jetzt aus dem Zentrumslager der Gedanke eines Notopfers propagiert wird, so kann man sich darüber freuen, weil dies das Eingeständnis darstellt, daß auch die Forderung der Sozialdemokratie nachträglich als richtig anerkannt wird. Aber man muß sich zugleich darüber klar sein, daß das Zentrum unter der Forde-

zung des Notopfers etwas ganz anderes versteht, als die Sozialdemokratie. Auch in der letzten Woche hat Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärt, daß eine Erhöhung direkter Steuern abgelehnt werden müsse, weil sie die Kapitalflucht empfindlich vergrößern würde. Dieser Anspruch zeigt den Gegensatz, der in der Forderung des Notopfers zwischen Sozialdemokratie und Zentrum vorhanden ist.

Die Sozialdemokratie fordert ein Notopfer der Leistungsfähigen, das Zentrum ein Notopfer der Festbesoldeten. Die Sozialdemokratie will, daß die hohen Einkommen über 8000 M. jährlich durch eine Sonderleistung zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der Reichsinsassen beitragen. Das Zentrum will, daß nur die Festbesoldeten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens herangezogen werden. Es will also auf der einen Seite diejenigen freilassen, die in der Privatwirtschaft hohe Einkommen oder hohe Gehälter beziehen, d. h. die Unternehmer, die Direktoren und die sonstigen leitenden Angestellten, während es auf der anderen Seite die kleinen und kleinen Beamtengehälter mit heranziehen will. Doch ein solcher Vorschlag wäre sozial nicht erträglich, weil der Generaldirektor selbstverständlich viel leistungsfähiger ist als der Postkassierer. Er bringt aber auf diesem Wege weniger Geld, so daß es zweifelhaft ist, ob auf diesem Wege die finanziellen Ziele beibehalten werden können, vor denen wir jetzt wiederum stehen.

4 1/2 Prozent Beitrag?

In unterrichtigen Kreisen verläutet, daß die Reichsregierung über den Vorschlag des Vorstandes der Reichsanstalt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent zu erhöhen, hinausgehen wird, weil der Vorschlag der Reichsanstalt völlig ungenügend ist und die durch ihn geschaffenen Einnahmehürden zur Deckung der Ausgaben der Versicherung ausreichen. Selbst bei einer Erhöhung der Beiträge um 4 Prozent auf 4 1/2 Prozent bliebe noch ein Defizit von mehr als 200 Millionen, das durch Reichsbeiträge gedeckt werden müßte.



Ministerkrise

Rücktritt Sir Dsm

Die Schwierigkeiten, mit denen Macdonald zu kämpfen hat, sind allgemein groß. Sonderbarerweise kommen aber diese Schwierigkeiten nicht von den politischen Gegnern der Arbeiterpartei, sondern von den eigenen Parteigenossen. Die unabhängige Arbeiterpartei, deren Führer Macdonald Jahrzehnte lang gewesen ist, hat sich unter Führung MacDonalds fast totalitärisiert. Wie haben wir über die „sozialistischen Absichten“ berichtet. Die Folge wird sein, daß die Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei aus der Gesamt-Partei ausfallen werden und sich als eine mächtig geringe Rolle spielen, ausgeschlossen werden und sich als eine stillste Wollmaule selbständig machen. Gegenwärtig wird die Opposition kaum haben. Sie bringt lediglich eine Klärung, die Unklarheiten der Opposition dürfte in der starken Arbeitslosigkeit Englands besonders unter den Bergleuten liegen.

Aus dieser Unklarheit wird es auch der neuen Konflikt zu erklären, der von einem Mitgliede der Arbeiterregierung ausgeht, welches getrieben im Unterbewußtsein seinen Rücktritt erklärt hat. Es handelt sich um Sir Oswald Mosley, der als Minister ohne Portfeuille bisher der Arbeiterregierung angehört und dem Minister für Arbeitsbeschaffung, Thomas, als enger Mitarbeiter zugezählt war. Sir Oswald Mosley, ein Schmeicheleier des verstorbenen Lord Curzon, des früheren Botschafters von Indien, geübte vor der konservativen Partei an und hat vor kurzem seinen Rücktritt von der Arbeiterpartei übergeben. Zwischen ihm und Macdonald besteht ein ausgeprägtes Freundschaftsverhältnis. Wenigstens begleitete Mosley Macdonald auf den meisten seiner

Reise Besuchen. Die Arbeiterpartei hat sich unter Führung MacDonalds fast totalitärisiert. Wie haben wir über die „sozialistischen Absichten“ berichtet. Die Folge wird sein, daß die Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei aus der Gesamt-Partei ausfallen werden und sich als eine mächtig geringe Rolle spielen, ausgeschlossen werden und sich als eine stillste Wollmaule selbständig machen. Gegenwärtig wird die Opposition kaum haben. Sie bringt lediglich eine Klärung, die Unklarheiten der Opposition dürfte in der starken Arbeitslosigkeit Englands besonders unter den Bergleuten liegen.

Aus dieser Unklarheit wird es auch der neuen Konflikt zu erklären, der von einem Mitgliede der Arbeiterregierung ausgeht, welches getrieben im Unterbewußtsein seinen Rücktritt erklärt hat. Es handelt sich um Sir Oswald Mosley, der als Minister ohne Portfeuille bisher der Arbeiterregierung angehört und dem Minister für Arbeitsbeschaffung, Thomas, als enger Mitarbeiter zugezählt war. Sir Oswald Mosley, ein Schmeicheleier des verstorbenen Lord Curzon, des früheren Botschafters von Indien, geübte vor der konservativen Partei an und hat vor kurzem seinen Rücktritt von der Arbeiterpartei übergeben. Zwischen ihm und Macdonald besteht ein ausgeprägtes Freundschaftsverhältnis. Wenigstens begleitete Mosley Macdonald auf den meisten seiner

Reise Besuchen. Die Arbeiterpartei hat sich unter Führung MacDonalds fast totalitärisiert. Wie haben wir über die „sozialistischen Absichten“ berichtet. Die Folge wird sein, daß die Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei aus der Gesamt-Partei ausfallen werden und sich als eine mächtig geringe Rolle spielen, ausgeschlossen werden und sich als eine stillste Wollmaule selbständig machen. Gegenwärtig wird die Opposition kaum haben. Sie bringt lediglich eine Klärung, die Unklarheiten der Opposition dürfte in der starken Arbeitslosigkeit Englands besonders unter den Bergleuten liegen.

Der Europa-Bund.

Das europäische Memorandum Briands

enthält mehr allgemeine Gedankenansätze als konkrete Vorschläge. Der französische Außenminister betont mehrmals, daß er mit dieser Denkschrift einen Auftrag ausführe, den ihm die Vertreter von 26 europäischen Staaten in einer Versammlung im Anfuhr an seine Rede vor der letzten Genfer Völkerbundversammlung erteilt hätten. Diese Rede war recht vage, ihre jegliche Festlegung ist nicht und präzise. Man hat den Eindruck, als ob Briand ein hohes Ideal vorsetze, er aber beim Durchdenken und bei der Formulierung seiner Ideen auf eine Unmenge von psychologischen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Hindernissen gestoßen ist. Und wie es nun einmal seine Art ist, er mag es nicht, diese Widerstände frontal zu überwinden, sondern er verläßt, sie durch allgemeine Redewendungen und durch rhetorische Konstellationen zu umgehen.

Der „europäische Staatenbund“, der Briand vorschwebt, soll gewissermaßen ein Bestandteil der Völkerbundstruktur sein. Briand will 21 „regionale Umfassungen“ vorsehen, und er möchte diese Gebiete, der bereits im Reichspakt von Locarno in begrenztem Maßstab verwirklicht worden sei, auf ganz Europa erweiten und nicht nur auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche, soziale, hygienische und kulturelle Probleme ausdehnen, soweit sie speziell europäische Gesamtinteressen betreffen. Der unangenehme, faum angebeutete Grundgedanke Briands ist freilich nur allein wirtschaftlicher Natur. Er lautet: Er wird er noch insbesondere durch die amerikanische Hohepolitik, die für alle europäischen Staaten zweifellos eine der größten wirtschaftlichen und sozialen Gefahren darstellt. Sogar das bisher von Wirtschaftsexperten und Arbeitslosigkeit soll vollkommen verhängt gebliebene Frankreich hat neuerdings, zumal für gewisse Spezialindustrien, die volle Schwere dieser Drogen erlitten. Für andere auf industriellen Export ganz besonders angewiesene Länder, nicht zuletzt für Deutschland, ist diese Gefahr noch viel größer.

Wäre die europäische Arbeit, die in der Tat eine brennende Frage geworden ist, wird geklärt durch die finanzielle Abhängigkeit, in die ganz Europa von den Vereinigten Staaten von Amerika geraten ist. Deshalb beteuert Briand immer wieder, daß sich kein Plan gegen niemanden richte. Und um zu vermeiden, daß die USA diese europäische Gründung zum Anlass nehmen, die überamerikanischen Republiken dem Völkerbund absperrig zu machen, (soweit dies noch nicht geschehen ist), legt er sogar an, daß auch die interkontinentalen Gruppen sich in entsprechenden Kontinenten zusammenfinden sollten. Vor allem aber: der Völkerbund soll in seiner bisherigen Form bestehen bleiben, seine Kompetenzen, namentlich als Schlichtungsorgan für politische Konflikte, sollen in keiner Weise geschwächt werden; und, sofern die europäische Zusammenarbeit zur Schaffung neuer konkreter Einrichtungen führen soll, müssen diese Einrichtungen dem Völkerbund mehr oder minder angegliedert werden; auch für den neuen, auf Europa bezogenen Staatenbund und für die entsprechenden Organisationen, ja sogar räumlich und personell soll das Völkerbundssekretariat in Anspruch genommen werden. Darin liegt offensichtlich das einzige konkrete an Briands Vorschlägen; es soll schon jetzt eine alljährliche „europäische Konferenz“ abgehalten werden, — also eine Art europäische Völkerbundversammlung, — es soll ein engeres Komitee gebildet werden — also ein europäischer Völkerbundsrat, und sogar, zunächst wenigstens in beschränktem Umfang, ein ständiges Sekretariat.

Diese Vorschläge verdienen ernste Beachtung, aber auch sorgfältige kritische Untersuchung. Man wird insbesondere die Frage prüfen müssen, ob man das gesamte Völkerbundsgefüge so ohne weiteres für die europäische Organisation übernehmen soll. Das gilt vor allem für das geplante Komitee, das offenbar, genau wie im Genfer Statut, einen Unterschied zwischen „ständigen“ und „nichtständigen“ Ratsmitgliedern machen würde. Gegen dieses Zweiklassensystem, das zwar gewiß manche Vorteile hat, aber dem demokratischen Prinzip widerspricht und das sich sehr auf die internationalistische Unterordnung zwischen „Großmächten“ und „kleinen Mächten“ aufbaut, hat der internationale Sozialismus stets Einspruch erhoben, als es beim Völkerbundsrat angewandt wurde. Es ist daher recht zweifelhaft, ob man gut täte, dieses System auch auf einen neu geschaffenen europäischen Rat auszuweiten.

Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ist bereits vor vier Jahren in das Seidelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen worden. Es heißt dort: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich für die von den Vereinigten Staaten von Europa um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Deshalb unterstützen wir jeden Schritt, der in dieser Richtung liegt. Wir begrüßen daher, im Großen und Ganzen, auch die oben Briands, zumal die wirtschaftliche, das Europas, die durch umfangreiche Zollvereine erhöhte Arbeitsbeschaffung, die durch Maßnahmen erforderte internationale Freizügigkeit eine zusammenfassende Regelung dieser Probleme notwendig denn je erforderlich liegt. Freilich darf man nicht allzu zaghaft an die Lösung dieser Fragen herangehen, und das ist es, was bei dem Memorandum Briands besonders auffällt: die Betonung des Vorranges,